

menschen rechte

Hrsg.: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.



special: Ägypten



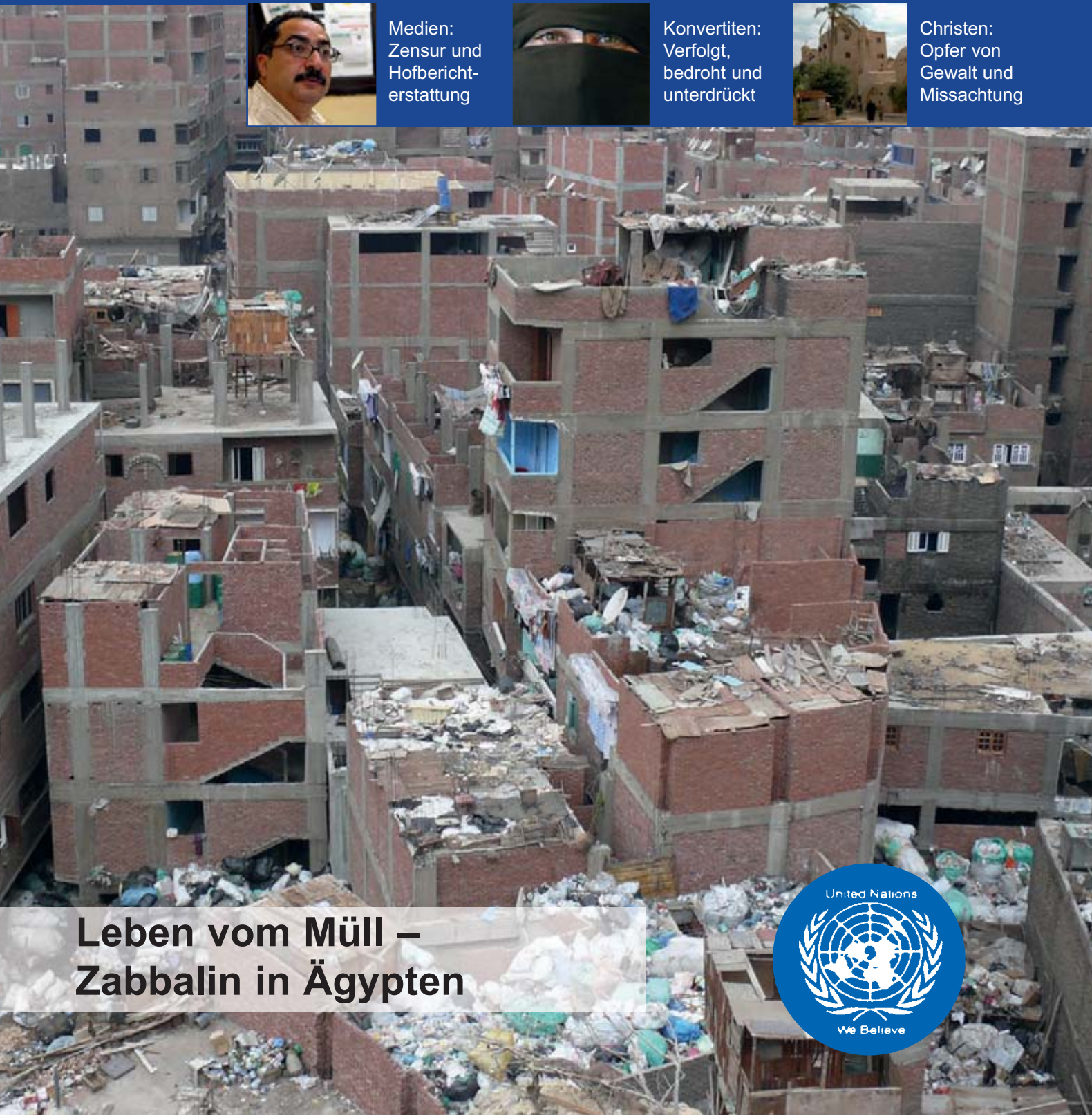
Medien:
Zensur und
Hofberichterstattung



Konvertiten:
Verfolgt,
bedroht und
unterdrückt



Christen:
Opfer von
Gewalt und
Missachtung



**Leben vom Müll –
Zabballin in Ägypten**



Aktuelle Nachrichten und Reportagen

über Kirchen,
Gemeinden,
Mission, Diakonie,
Seelsorge,
Theologie u.a.

Jede Woche
neu!!!



Das Jahrbuch
zur weltweiten
Christenverfolgung
156 Seiten, 7,90 €



ideaSpektrum liefert
verlässliche Fakten und
Argumente für die
Auseinandersetzung
mit der Gegenwart

Unser Test-Angebot für Sie:

2 Monate zum halben Preis!

- Ja**, ich möchte **ideaSpektrum** zwei Monate lang lesen und zahle für 8 Ausgaben inkl. Porto nur € 7,80.
- Ja**, ich bestelle _____ Exemplar(e) der idea-Dokumentation **Martyrer 2005** zum Preis von 7,90 € zzgl. Versandkosten.

Möchte ich ideaSpektrum nicht weiterbeziehen, teile ich Ihnen dies spätestens nach sechs Wochen mit. Ansonsten beziehe ich ideaSpektrum danach zum Preis von monatlich:

- 5,90 € für Privatpersonen
 - 4,55 € für Bezieher in den neuen Bundesländern
 - 4,13 € für Schüler, Studenten, Lehrlinge, Diakonissen, Wehr- und Zivildienstleistende
- jeweils zzgl. Porto 1,90 € monatlich / 2,25 € Europa / 4,10 € weltweit

1965

Vorname _____ Name _____

Straße / Nr. _____ PLZ / Wohnort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Coupon bitte faxen oder einsenden an:

idea e.V. • Postfach 1820 • 35528 Wetzlar
Tel. (0 64 41) 915-122 • Fax (0 64 41) 915-148 • vertrieb@idea.de

Datum _____ Unterschrift _____

EDITORIAL

Liebe Leser,

die "Arabische Republik Ägypten" ist mit ihren rund 80 Millionen Einwohnern nicht nur das bevölkerungsreichste Land Nordafrikas und des Nahen Ostens. Das Land am Nil ist auch ein attraktives Land für Badeurlauber und Kulturtouristen, Heimstadt einer der wichtigsten Hochkulturen des Altertums, ein Land der Bibel, Wirtschaftspartner und wichtige Stimme in der arabischen Welt.

Ägypten ist ein mehrheitlich muslimischer Staat – rund 90 Prozent der Bevölkerung sind sunnitische Muslime – in dem die moderne Aufklärung und mittelalterlicher Orient, Armut und Reichtum, scheinbare Perspektivlosigkeit und Führungsanspruch aufeinanderprallen. Der Islam ist Staatsreligion, die Scharia ist Hauptquelle der Gesetzgebung. Damit sind zahlreiche Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen verbunden. Frauen werden vor Gericht und im gesellschaftlichen Leben durch das Recht diskriminiert.

Der ägyptische Staat praktiziert keinen ausreichenden Minderheitenschutz für die Menschen, die nicht zur sunnitisch-islamischen Mehrheits-



bevölkerung gehören. Dies ist einer der Gründe dafür, dass vor allem die Kopten, diejenigen Ägypter, deren Vorfahren eine bedeutende Hochkultur geschaffen hatten, heute diskriminiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Der koptisch-orthodoxe Pfarrer Metaos Wahba (Foto) wurde am 12. Oktober 2008 von einem Kairoer Gericht wegen angeblicher "Urkundenfälschung" zu fünf Jahren Haft verurteilt. Metaos Wahba war Pfarrer der Santa-Maria-Kirche bei Gizeh und hatte eine zum Christentum konvertierte Muslimin und einen Christen getraut. Als er ihnen die Heiratsurkunde ausstellte, wusste er nicht, dass die Papiere der Braut gefälscht waren.



Martin Lesenthin,
Vorstandssprecher der IGFM.

In Ägypten wird der Übertritt vom Islam zu einem anderen Glauben als Verbrechen angesehen und entsprechend bestraft. Ex-Muslime wie der Journalist Mohamed Hegazy und seine Frau erleiden Diskriminierungen und müssen größte Probleme überwinden, wenn sie ihre Personalpapiere umschreiben lassen wollen (siehe Seite 21 ff.).

Auch aus diesem Grund hatten die Brautleute dem Pfarrer gefälschte Papiere vorgelegt. Pfarrer Wahba traute das Paar und stellte ihnen die Heiratsurkunden aus, wovon die ägyptischen Behörden erfuhren.

Ein Gericht in Kairo verurteilte Pfarrer Wahba wegen "Urkundenfälschung" zu fünf Jahren Haft. Pfarrer Wahba verbüßt seine Haftstrafe im Tora-Gefängnis in der Nähe von Kairo. Das frisch getraute Ehepaar befindet sich auf der Flucht vor der Strafverfolgung. Die IGFM hat an die ägyptische Regierung appelliert, sich für die sofortige Freilassung des Pfarrers einzusetzen.

Sie können diese Bitte unterstützen, indem Sie sich an der Appellaktion der IGFM für Pfarrer Metaos Wahba beteiligen. Appell-Listen können bei der IGFM bestellt werden. Außerdem stehen die Listen auf der Webseite www.igfm.de als Download zur Verfügung. Ich würde mich sehr freuen, wenn auch Sie sich an dieser Aktion beteiligen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Martin Lesenthin



aktuelles ▶

- 3 EDITORIAL**
- 5 KUBA:**
Menschenrechtler verhaftet
- 6 STEPHANUSPREIS:**
Prälat Prof. Helmut Moll geehrt
- 7 MEINUNG:**
Stoppt die Großmoscheen
- 8 VENEZUELA:**
Interview mit Jackeline Sandoval
- 9 MENSCHENRECHTSPREIS:**
Hildebrandt-Medaille an Rudolf Seiters verliehen
- 9 TIBET / VR CHINA:**
Fünf Jahre Haft wegen Auslandsberichten
- 10 VIETNAM:**
Religionsfreiheit – Gnade oder Recht?

Impressum

Herausgeber und Verlag: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V., vertreten durch Karl Hafen, Geschäftsführender Vorsitzender.
Anschrift: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main.
Tel: 069-42 01 08-0, Fax: 069-42 01 08-33, eMail: info@igfm.de, Internet: www.igfm.de
Kto.-Nr. 23 000 733, Taunus Sparkasse, BLZ 512 500 00.

Sektion Österreich: Untere Augartenstr. 21, A-1020 Wien. Tel: 0043-1-33 29 543, Fax: 0043-1-33-06 268, eMail: office@igfm.at
Kto.-Nr. 7 800 100, Österr. Postsparkasse, BLZ 60 000.

Sektion Schweiz: Birkenweg 1, CH-2560 Nidau. Tel: 0041-32-33 17 567, Fax: 0041-32-33 15 781, eMail: schlegel.cats@bluewin.ch
Kto.-Nr 80-39358-2, IBAN CH47 0900 0000 8003 9538 2, BIC POFICHBEXXX, Postfinance.

Redaktion: Martin Lessenthin (Chefredakteur), Max Klingberg, Vu Quoc Dung.
Layout: Ulrike Lessenthin, Beatrice Hornung (Titel).

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Mareike Bergmann, Ulrike Lessenthin, Waltraud Ng, Walter Flick, Sebastian Grundberger, Edgar Lamm, Franka Herrmann, Silke Vollhase, Nina Pelke.

Anzeigen: Anne Schäfer (Anzeige S. 2 Idea, S. 18/19 Jung von Matt, S. 36 Grabarz und Partner)

Erscheinungshinweise: Viermal jährlich, Bezugspreis: In der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich Einzelnummer 2,50 EUR, Jahresabonnement von vier Ausgaben 13,30 EUR; in der Schweiz 5 SFr und 30 SFr für ein Jahresabonnement.

Druck: Merziger Druckerei und Verlag, Merzig.

Titelfoto: dpa, Fotos: sofern nicht anders gekennzeichnet, IGFM.
Der Nachdruck der hier veröffentlichten Texte, auch auszugsweise, ist unter der Bedingung gestattet, daß unsere Publikation als Quelle genannt wird. Wir bitten um die Übersendung von zwei Belegexemplaren. Mit Verfassernamen gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

special Ägypten ▶

- 12 DISKRIMINIERUNG:**
Zabbalin – Die Müllmenschen in der Hauptstadt Kairo
- 15 RELIGIONSFREIHEIT:**
Baha'í – die verbotene Religion
- 16 Gewaltausbruch wegen Gottesdienst**
- 17 MEDIEN:**
Hofberichterstattung, Zensur und Selbstzensur
- 21 KONVERTITEN:**
Ehepaar Hegazi versteckt sich vor Attentätern
- 24 BEVÖLKERUNGSWACHSTUM**
Wettlauf zwischen Pflug und Storch

IGFM aktuell ▶

- 26 ESSEN:**
Kubanischer Bürgerrechtler gewürdigt
- BERGEN ENKHEIM:**
Hilfe für Rumänien
- 27 MAUERMUSEUM**
Kunstauktion für Gefangene
- 28 WITTLICH:**
270. Hilfsstransport
- 28 Trauer um Elke Beuerle**
- 29 FULDA:**
Hilfe für rumänische Waisenkinder
- 30 BÜCHER:**
*Tiefe Gräben in der türkischen Gesellschaft
Generation Abgrund
– stirbt Europa aus?*

KUBA:

Menschenrechtler verhaftet, geschlagen und eingesperrt

In der ersten Dezemberwoche 2008 wurden mindestens 20 kubanische Aktivisten verhaftet, die beabsichtigten, am 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Kundgebungen und Versammlungen zu veranstalten sowie den Text der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte an die Bevölkerung zu verteilen.

Unter den Verhafteten befinden sich ehemalige politische Gefangene, Menschenrechtsaktivisten, Oppositionspolitiker und unabhängige Journalisten.

Der Bürgerrechtler und ehemalige politische Gefangene Lázaro Joaquin Alonso Román wurde am Dienstag, den 9. 12. 2008, festgenommen, als er sich mit seiner Frau auf dem Heimweg befand. Seine Frau, Belinda Salas Tápanes, ist Präsidentin von FLAMUR (Bund Lateinamerikanischer Landfrauen) und Vorsitzende der Kampagne

"Mit der gleichen Währung", die für die Abschaffung der diskriminierenden Parallelwährung auf Kuba eintritt. Acht Polizisten umstellten das Paar um ein Uhr morgens, schlugen beide und führten Lázaro Alonso ab. Seine Frau blieb bewusstlos auf der Straße zurück. Bis heute verweigert man ihr jegliche Auskunft über den Aufenthaltsort ihres Mannes.

Mit diesem Vorgehen verstieß die kubanische Regierung gegen das Recht auf Versammlungsfreiheit, verankert in Art. 20 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und Art. 21 des UN-Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Die letztgenannte Menschenrechtskonvention hat Kuba erst 2008 unterzeichnet. Als 13 Bürgerrechtsgruppen in ihrem Schreiben die Regierung aufforderten, diese Konvention für alle zugänglich zu machen und Diskussionsforen zu deren Inhalt zu erlauben, reagierte das Regime mit Einschüchterungsversuchen.



Lázaro Joaquin Alonso Román, kubanischer Bürgerrechtler und politischer Gefangener: Haftort unbekannt.

Bild: miscalaneasdecuba.net

Das Castro-Regime inhaftierte Bürgerrechtler nur deswegen, weil sie den 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte begehen wollten. Dies tut ein Land, dessen Führung nach außen behauptet, die Menschenrechte zu achten. Die Unterzeichnung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte im Januar 2008 war offensichtlich nichts als medienwirksame Augenwischerei.

Castro-Regierung verweigert weiterhin Gefängnisbesuche des Roten Kreuzes

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte fordert, dass die kubanische Regierung den Besuch der politischen Gefangenen durch internationale Experten gestattet. Nur so kann geprüft werden, wie der Zustand in den Gefängnissen tatsächlich ist.

Die IGFM hat die kubanische Regierung vergeblich darum gebeten, eine Delegation nach Kuba entsenden zu dürfen. Auch dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK)

wird von der Castro-Regierung kein Zutritt zu den Gefängnissen gewährt. Dies steht im Gegensatz zum internationalen Recht. Selbst die Gefangenen aus dem US-Gefängnis in Guantanamo durften vom IKRK besucht werden.

Das Rote Kreuz bemüht sich weiter um eine Genehmigung. Wie das britische, als auch das schweizerische Rote Kreuz der IGFM mitteilten, gestatten die kubanischen Behörden den Mitarbeitern des IKRK nicht, die Gefangenen zu besuchen. So kann die Institu-

tion weder Häftlinge noch deren Familien unterstützen.

Im Jahresreport 2007 des IKRK berichtet die regionale Delegation, die kubanischen Behörden hielten einen Besuch der Gefangenen durch das Rote Kreuz für "verfrüht". Trotzdem gibt die IGFM nicht auf und bemüht sich weiterhin, die kubanische Regierung dahingehend zu bewegen, Häftlingsbesuche des Roten Kreuzes zuzulassen.

VERFOLGTE CHRISTEN

Stephanuspreis an Prälat Prof. Helmut Moll

Am 22. November 2008 fand die Verleihung des Preises der Stephanus-Stiftung an Prälat Prof. Helmut Moll für das von ihm im Auftrag der deutschen Bischofskonferenz herausgegebene "Deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts" in der Frankfurter Jesuitenhochschule St. Georgen statt.

Die vom IGFM-Aktiven Oberstudienrat i.R. Dr. Wolfgang Link ins Leben gerufene Stephanus-Stiftung wird von der IGFM verwaltet. Im Rahmen der Feierstunde erinnerte der Geschäftsführende Vorsitzende der IGFM, Karl Hafen, an die bis heute andauernde Verfolgung von Christen und formulierte konkrete Forderungen an "uns alle".

Bei der Laudatio hob der Stifter Dr. Link u.a. die "wissenschaftliche Genauigkeit, gepaart mit menschlicher Anteilnahme", des federführend von Prälat Moll verfassten Martyrologiums hervor. Unter Berücksichtigung der Ökumene erstellte ein Stab von rund 160 Mitarbeitern über 700 Lebensbilder deutscher katholischer Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Dr. Link führte aus:

"Das Martyrologium ist Mahnung für zukünftige Generationen, kritisch mit totalitären weltanschaulichen oder religiösen Ideologien umzugehen".

Sie brauchen unsere Hilfe jetzt

IGFM-Geschäftsführer Karl Hafen wies im Anschluss auf aktuelle Fälle der Christenverfolgung hin und kritisierte, dass auch heute die Religionsfreiheit in vielen Teilen der Welt noch nicht verwirklicht sei. So erwähnte er die gegenwärtige Verfolgung von vorwiegend protestantischen Christen unter dem neomarxistischen Regime in Eritrea und zog am Beispiel des unter Hausarrest stehenden regierungskritischen eritreisch-orthodoxen Patriarchen Abuna Antonius einen Vergleich zu Märtyrern früherer Zeiten. Er wies auf die Bedrängnis der zum Christentum Konvertierten in Ägypten hin und berichtete über die Christen in Pakistan, die bei Glaubenswechsel der Blasphemie angeklagt und zu hohen Haftstrafen verurteilt werden könnten. Zu einer Zunahme der Benachteiligung bzw. Verfolgung von Christen ist es unter anderem als Reaktion auf den stattfindenden Anti-Terror-Kampf nach dem 11. September 2001



“Zeugen für Christus” wurde von Prof. Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz herausgegeben

gekommen, da vor allem die militärischen Aktivitäten der USA als "Angriff auf den Islam" gewertet würden. Allerdings sei die Abwehrhaltung gegen Übertritte zum Christentum nicht nur auf Länder mit muslimischer Mehrheit beschränkt. Auch in China und Indien existiere eine Antikonversionshaltung.

Hafen rief als "Aufgabe für uns alle" zu "öffentlichem Eintreten" auf und verwies in diesem Zusammenhang auf die bei der IGFM-Geschäftsstelle erhältlichen Bitt- und Protestbotschaften, Unterschriftenlisten und Appelle. Mit Blick auf den Ökumenischen Kirchentag Mai 2010 in München forderte er von den großen Kirchen einen gemeinsamen "Ökumenischen Tag der verfolgten Christen" in Deutschland.

Ökumenischer Tag für verfolgte Christen

Hafen regte an, dass Gemeinden Verantwortliche für die Vorbereitung von Aktionen für verfolgte Christen benennen und Gebete und Andachten im Sinne der Märtyrer durchführen sollten. Abschließend befürwortete Hafens das Martyrologium als "wichtigen Weg", der weiterverfolgt, aber auch Christen anderer Konfessionen einbeziehen müsse.



Prälat Professor Helmut Moll (links) und Laudator Dr. Ludwig Link.

MEINUNG:

Bau islamischer Gotteshäuser in Deutschland

Stoppt die Großmoscheen!

Von Ralph Giordano

Am 26. Oktober 2008 ist in Duisburg die bisher größte Moschee auf deutschem Boden eröffnet worden – ein Anspruch auf Macht und Einfluss, ein verräterischer Schritt zu weit nach vorn, ein Zeichen tief integrationsfeindlicher Identitätsbewahrung.

Zwischen der viel beschworenen Hinterhofmoschee und zentralen Großmoschee hätte es viele Abstufungen ohne den Abschreckungseffekt des Duisburger Modells gegeben.

Das aber ist nur die Ouvertüre, sollen nach dem Willen der türkischen Religionsbehörde in Ankara, Dyanet, doch weitere 200 muslimische Sakralbauten in der Bundesrepublik mit ähnlichen Dimensionen folgen.

Gegen diese Pläne, die Deutschland in eine Plantage von Großmoscheen verwandeln würden, rufe ich zum öffentlichen Widerstand auf! Wie auch gegen die erschreckende Blindheit und den Opportunismus der politischen Klasse gegenüber den unübersehbaren Zeichen einer schleichenden Islamisierung.

Viele der bereits bestehenden über 2000 muslimischen Gebetshäuser sind sogenannte Fathi-Moscheen, das heißt benannt nach osmanischen Eroberern und Unterdrückern wie Mehmet oder Suleiman – und nicht nach muslimischen Künstlern, Wissenschaftlern oder Dichtern.

Solange der Islam den Beweis schuldig bleibt, dass er mit Demokratie, Meinungsvielfalt, Pluralismus und Gleichstellung der Frau vereinbar ist, so lange spiegeln Megamoscheen in

Der Schriftsteller Ralph Giordano warnt vor "Multi-kulti-Illusionisten" und einer "Plantage von Großmoscheen" in Deutschland.



Deutschland nicht die Wirklichkeit der Migrations- und Integrationsproblematik wider.

Meine Einmischung in diesen Konflikt richtet sich nicht, wie mir immer wie-

der unterschoben wird, gegen die Muslime in Deutschland – würde das doch eine Homogenität vortäuschen, die die Verbandsfunktionäre fälschlicherweise immer wieder reklamieren. Meine Einmischung richtet sich vielmehr gegen alle, die ein anderes als das demokratische Deutschland im Sinne haben.

Es wird Zeit, dass sich die Öffentlichkeit an der Seite kritischer Muslime daranmacht, die Hypothek deutscher Umarmer, Gutmenschen vom Dienst, Multikulti-Illusionisten, Sozialromantiker und Beschwichtigungspromis zu überwinden. Wo sind wir denn, dass wir in die Knie gehen vor jenen offenbar jederzeit abrufbaren Zorn- und Empörungskollektiven zwischen Istanbul und Jakarta, wie sie uns durch den Streit um die dänischen "Mohammed"-Karikaturen so drastisch vor Augen geführt worden sind?

Der Stopp von Großmoscheebauten wäre ein erster Schritt auf dem Weg zu einem gedeihlichen Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und türkisch dominierter muslimischer Minderheit.



Die neue Groß-Moschee in Duisburg hat eine heftige Debatte über die Rechte der religiösen Minderheiten in Deutschland und in islamischen Staaten ausgelöst – insbesondere in der Türkei – ausgelöst.

VENEZUELA:

“Die Gefangenen vor dem Vergessenwerden schützen!”

Interview mit Jackeline Sandoval, Exekutivdirektorin von "Venezuela Vigilante"

In der venezolanischen Hauptstadt Caracas engagieren sich Angehörige, Anwälte und Menschenrechtler als Mitglieder von "Venezuela Vigilante" für die Freilassung der politischen Gefangenen in Venezuela. Die im Jahr 2007 gegründete Nichtregierungsorganisation engagiert sich auch für die Bewahrung der Meinungs- und Pressefreiheit und für die Durchsetzung rechtsstaatlicher Verfahren. "mensenrechte" befragte Jackeline Sandoval, Geschäftsführerin über ihre Arbeit:

Was sind die Aufgaben Ihrer Organisation "Venezuela Vigilante" ("Das wachsame Venezuela")?

Sandoval: Wir leisten allen politischen Gefangenen in diesem Land Beistand. Zudem machen wir durch Aktionen in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam, dass politische Gefangene existieren. Diese Menschen sitzen nur deshalb im Gefängnis, weil sie nicht mit der venezolanischen Regierung übereinstimmen. Sie sehen sich Folterungen und allen möglichen Formen des Missbrauchs ausgesetzt.

Über wie viele politische Gefangene haben Sie Informationen und welche Vergehen werden ihnen zur Last gelegt?

Sandoval: Momentan wissen wir von 26 politischen Gefangenen. Diese werden meist kriminalisiert. Das heißt, es werden ihnen seitens der venezolanischen Regierung gewöhnliche Verbrechen vorgeworfen. Einige werden auch des Terrorismus beschuldigt. Nach dem Mord an Staatsanwalt Danilo

Anderson im Jahr 2004, dessen wahre Mörder noch nicht bestraft worden sind, wurden Antiterror-Sondertribunale eingerichtet. Und das, obwohl in Venezuela der Straftatbestand des Terrorismus nicht einmal existiert.

Welche konkreten Aktionen führen Sie durch?

Sandoval: Wir versuchen, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die Existenz der politischen Gefangenen zu schaffen. Aus den verschiedensten sozialen Schichten und Berufsgruppen wurden Menschen gefangen genommen, die in ihrem jeweiligen Bereich oft Führungsfiguren waren. Die Gefangenen hatten zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung keine Ahnung davon, dass ihnen Inhaftierungen bevorstanden.

Aus diesem Grund erklären wir den Menschen, dass die nächste betroffene Familie die eigene sein könnte. Wir führen Straßenaktionen und Meetings auf öffentlichen Plätzen durch. Außerdem treffen wir uns zum gemeinsamen Rosenkranzbeten und versuchen, den Gefangenen zu vermitteln, dass sie nicht allein sind. Und da die Mehrheit derer, die bei Venezuela Vigilante arbeiten, Anwälte sind, können wir die Fälle der politischen Gefangenen überprüfen und die Angehörigen beraten.

Im Ausland sehen viele den venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chávez als Clown an und als jemanden, den man nicht ernst nehmen muss. Was sagen Sie diesen Menschen?

Sandoval: Hugo Chávez verfügt vor allem in den ärmeren Bevölkerungsschichten über eine gewisse Popularität. Mithilfe von Geschenken ver-



Jackeline Sandoval: Exekutivdirektorin von "Venezuela Vigilante" in Caracas / Venezuela

Bild: IGFM

sucht er, die Bevölkerung zu indoktrinieren. So bezahlt er die Menschen dafür, dass sie für ihn demonstrieren. Jeden Sonntag macht er ein Fernsehprogramm, welches "Hallo, Präsident" (Aló, Presidente) heißt.

Dieses Programm zwingt er den verschiedenen Fernseh- und Radiosendern auf und dort macht er Witze über teils dramatische Sachverhalte. Manchmal verurteilt er auch Dissidenten per Fernsehen, in dem er sie als seine "Feinde" oder Ähnliches bezeichnet. Er gibt dann auch den Autoritäten Anweisung, was als nächstes mit diesen Menschen zu geschehen ist. So schwingt er sich im Fernsehen zum Ankläger und Richter dieser Menschen auf.

Was kann eine Organisation wie die IGFM vor diesem Hintergrund tun?

Sandoval: Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich dafür bedanken, dass die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte sich um die Situation in Venezuela sorgt. Wir wünschen uns, dass Sie unsere Botschaft in der Welt weitertragen und erzählen, dass Venezuela nicht nur ein Traumland mit langen Stränden und schönen Frauen ist, sondern dass es hier Menschen und Familien gibt, die einfach nur deshalb leiden, weil sie nicht mit dem Regime von Hugo Chávez übereinstimmen.

TIBET / VR CHINA

Fünf Jahre Haft wegen Berichten fürs Ausland

Seit dem Ausbruch der Unruhen in Tibet am 10. März 2008 wurden über 120 Tibeter getötet, 6.500 willkürlich verhaftet, mindestens hundert nach Festnahme bzw. Verschleppung gelten als vermisst, mindestens 165 wurden in Geheimverfahren und ohne Rechtsbeistand zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Die über Tibet verhängte Nachrichtensperre bleibt aufrechterhalten. Korrespondenten tibetischer Herkunft werden zunehmend aus den Redaktionen entfernt, einige aus fadenscheinigen Gründen eingesperrt. Jüngstes Beispiel dafür ist Frau Walza Norzin Wangmo (30 Jahre), ein tibetisches Mitglied der kommunistischen Partei. Sie wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt. Sie wird beschuldigt, per Telefon und Internet Informationen über die Situation Tibets ins Ausland geleitet zu haben. Was die Journalistin getan hat, war ihre Pflicht als wahrhaftige Berichterstatte-rin. Die IGFM fordert ihre sofortige Freilassung.



Walza Norzin Wangmo: Fünf Jahre Gefängnis wegen Berichten fürs Ausland. Bild: phayul.com



v.l.n.r.: Der Preisträger Bundesminister a.D. Rudolf Seiters, die Direktorin des Mauermuseums – Haus am Checkpoint Charlie, Alexandra Hildebrandt, Laudator Bundesminister a.D. Klaus Töpfer.

Menschenrechtspreis Hildebrandt-Medaille an Rudolf Seiters verliehen

Der internationale Menschenrechtspreis „Dr. Rainer-Hildebrandt-Medaille“ ist am 12. Dezember dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes und ehemaligen Bundesinnenminister Rudolf Seiters im Berliner Mauermuseum – Museum am Checkpoint Charlie und in Abwesenheit an Jurij Samodurow, dem Leiter des Andrej-Sacharow-Museums in Moskau, verliehen worden.

Der von Alexandra Hildebrandt im Jahr 2004 initiierte internationale Menschenrechtspreis wird jährlich zum Tag der Menschenrechte vergeben. Der Jury gehören Prof. Dr. Henry Kissinger, Dr. Hans Dietrich Genscher, Prof. Dr. Avi Primor, Dr. h.c. Joachim Gauck, Sara Nachama, Freya Klier, Rainer Haushofer sowie institutionell die IGFM und das Mauermuseum an.

Die Laudatio hielt der frühere Bundesumweltminister und UNO-Exekutivdirektor Klaus Töpfer. Seiters verkörpere

das DRK in Deutschland in großartiger Weise und lasse die Grundlagen des humanitären Völkerrechts, denen sich die Organisation seit ihrer Gründung vor 150 Jahren verschrieben habe, "in unseren Tagen immer überzeugend konkret werden", so Töpfer.

Die Laudatio auf den russischen Bürgerrechtler Jurij Samodurow sprach Ministerpräsident a. D. Dr. Lothar de Maizière.

Der Preis wird jährlich an Personen vergeben, die sich gewaltfrei für Menschenrechte einsetzen. Der 2004 gestorbene Dr. Rainer Hildebrandt war ein Vorkämpfer der Menschenrechte und friedlicher Streiter für die deutsche Einheit. Dr. Hildebrandt gründete die "Arbeitsgemeinschaft 13. August". Er war bis zu seinem Tod Leiter des Hauses am Checkpoint Charlie und Ehrenmitglied der IGFM. In der Jury wurde die IGFM durch Vorstandssprecher Martin Lessenthin vertreten.

VIETNAM:

Religionsfreiheit – Gnade oder Recht?

Vietnamesische Regierung verhindert Weihnachtsfeiern "illegaler Christen" – Halbjahresprüfungen für christliche Schüler auf Heiligabend angesetzt – acht Katholiken wegen "Störung der öffentlichen Ordnung" zu 15 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt

Einigen hundert Christen wurde die Teilnahme an der Weihnachtsfeier in der nordvietnamesischen Stadt Thanh Hoa am 21. Dezember verwehrt, weil die Polizei sogenannten "illegalen Christen" den Zugang versperrte.

Trotz jahrelanger Bemühung hatten die evangelischen Hauskirchen in Thanh Hoa keine amtliche Zulassungsbescheinigung ausgestellt bekommen und gelten somit als "illegal". Die Lage der Christen im kommunistischen Vietnam hat sich 2008 wieder verschlechtert.

Der katholische Erzbischof von Hanoi stellte fest, dass die vietnamesische Regierung Religionsfreiheit als Gnade und nicht als Recht ansehe. Wegen eines seit neun Monaten öffentlich geführten Streits über die Rückgabe konfiszierter Besitztümer der katholischen Kirche forderte die Regierung die Redemptoristen erneut auf, vier ihrer Priester aus Hanoi zu versetzen.

Zwei Gesichter der Regierung

Zuvor wurden acht Katholiken wegen "Störung der öffentlichen Ordnung" zu Haftstrafen von bis zu 15 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Aufgrund neuer Erkenntnisse hat die IGFM ihre Dokumentation "Der gescheiterte Dialog" in der zweiten Auflage überarbeitet.

Die im August gegründete "Föderation der Evangelischen Christen von Thanh Hoa", ein Zusammenschluss aller evangelischen Hausgemeinden der Provinz, hatte immense Probleme, einen Saal für ihre Weihnachtsfeier zu finden.

Auf polizeilichen Druck kündigte das Hotel am 19. Dezember kurzfristig den Mietvertrag, obwohl die Einladungen bereits verschickt waren. Dreimal mussten die Christen den Veranstaltungsort wechseln. Am 21. Dezember gelangten nur wenige hundert Teilnehmer in den Festsaal des Hotels Sao Mai. Die meisten mussten vor dem Hotel bleiben, weil die Polizei den



Eine Katholikin der Kirchengemeinde von Thai Ha. Bild: vietcatholic.net

Treppenaufgang versperrt und den Strom abgestellt hatte.

Im Polizeiprotokoll, der in Kopie der IGFM vorliegt, wird den "illegalen evangelischen Gruppen" um Pastor Nguyen Dac Phuc "illegale Missionierungsarbeit" vorgeworfen. Deswegen habe die Polizei dem Hotel nahegelegt, "den Mietvertrag zu kündigen und die Versammlung aufzulösen". Da aber das Hotel Sao Mai trotz Mahnung keine Maßnahmen ergriffen hatte, werde es zur Rechenschaft gezogen.

Wie den ethnischen Christen in den nordwestlichen Bergregionen Vietnams verweigert die Regierung auch



Acht Katholiken am 8. Dezember 2008 in Thai Ha vor Gericht

den evangelischen Hausgemeinden in der Provinz Thanh Hoa die Anerkennung. Trotz Hanois Beteuerung über eine angeblich neue Religionspolitik, werden sie weiterhin verfolgt und diskriminiert, ihre Gottesdienste brutal aufgelöst, die Teilnehmer geschlagen.

Vietnam zeigt zwei Gesichter in der Behandlung von Christen. Während die Regierung der staatlich anerkannten "Evangelischen Kirche Vietnam (Süd)" erlaubte, eine große Weihnachtsfeier mit rund 10.000 Teilnehmern am 12. und 13. Dezember in einem Fußballstadion der Ho Chi Minh Stadt zu veranstalten, beklagten Hausgemeinden in anderen Großstädten, dass sie keinen Saal zu Weihnachten mieten konnten.

Die von privaten und halbstaatlichen Hotels abgeschlossenen Mietverträge wurden aus Angst vor Repressalien kurzfristig gekündigt. Selbst Hochzeiten nach evangelischen Zeremonien in Ho Chi Minh Stadt wurden verboten. Weihnachtsfeiern christlicher Gruppen in kleinen Orten, die bislang keine Zulassung (amtliche Registrierung) erlangen konnten, wurden sofort mit Polizeigewalt unterbunden.

Christliche Schüler beklagten außerdem, dass die Halbjahresprüfungen in diesem Jahr auf den Heiligabend, den 24. Dezember, verlegt wurden. Seit Ende 2007 versucht die katholische



Titel der zweiten Auflage der IGFM-Dokumentation über die Unterdrückung katholischer Christen in Vietnam: "Der gescheiterte Dialog".

Kirche in Vietnam, ihre Bemühungen um die Rückgabe ihres beschlagnahmten kirchlichen Eigentums öffentlich zu führen und damit mehr Druck auf die Regierung auszuüben.

Die friedlichen Massengebete zum Jahreswechsel 2007/2008 in Hanoi auf dem Gelände der ehemaligen Nuntiatur und von Januar bis Mitte September 2008 auf dem Gelände des Redemptoristenklosters in Thai Ha hatten tausende Katholiken mobili-

siert. Am Beispiel des Landstreits in der Gemeinde Thai Ha setzt sich die 48-seitige IGFM-Analyse "Der gescheiterte Dialog" mit dem Dialog zwischen Kirche und Staat auseinander. Die IGFM schreibt: "Das Beispiel Thai Ha zeigt deutlich, dass Vietnam noch einen langen Weg zum Rechtsstaat vor sich hat und nicht bereit ist, die Aufarbeitung seiner Vergangenheit zuzulassen. Die Regierung setzt weiterhin auf listige, willkürliche und brutale Maßnahmen, um einen zivilen Streit mit der Kirche zu beenden. Auch der acht Monate lang dauernde Dialog um die Rückgabe der Nuntiatur in Hanoi, welcher nach Einstellung von Massenversammlungen der Katholiken Anfang Februar 2008 mit hoffnungsvollen Versprechen der Regierung begann, wurde mit brutaler Gewalt beendet.

Kein Vertrauen zum vietnamesischen Staat

Die Entscheidung der Regierung, an beiden Plätzen öffentliche Parks einzurichten, stieß bei den Katholiken auf Unverständnis, denn sie glaubten, dass die Regierung die Gelände auch an die Kirche hätte zurückgeben können. Der offizielle Grund, die dicht bevölkerte Stadt Hanoi bräuchte Grünfläche, ist ihrer Meinung nach vorgeschoben mit der Absicht, die Bevölkerung gegen die Kirche aufzuwiegeln. Das Vertrauen zum Staat ist schwer ramponiert."

Der Dialog ist gescheitert, weil die Grundsätze zu unterschiedlich waren, so die IGFM. Während die Kirche auf Offenheit, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Fairness setzte, verlangte die Regierung von der Kirche absoluten Gehorsam und unbedingten Respekt gegenüber Behörden. Die Frage des Eigentumsrechts ist akuter denn je. Vietnam hat den Widerspruch zwischen seiner Konfiszierungspolitik in der Vergangenheit und dem Nutzungsrecht in der heutigen Politik der "Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung" nie deutlich klären können.

Vu Quoc Dung



Friedliches Gebet für die Rückgabe von Kirchengrundstücken in Thai Ha, Hanoi.

ÄGYPTEN:

Zabbalin – die Müllmenschen Kairo

Kairo – Hauptstadt Ägyptens und größte Stadt der arabischen Welt und Afrikas. Wie viele Menschen tatsächlich im Großraum Kairo leben, kann nur geschätzt werden, da es in Ägypten keine Einwohnermeldepflicht gibt.

Es dürften zwischen 14 und 20 Millionen sein. Das explosionsartige

Wachstum der Stadt schreitet mit Riesenschritten voran, täglich strömen Tausende Menschen vom Land in die Nilmetropole. Wo so viele Menschen leben, fällt jeden Tag eine gewaltige Menge von Hausmüll an.

Und es gibt hier viele Menschen, die vom Dreck der anderen leben. Denn ein besonderes Phänomen in den Straßen

von Kairo sind die vielen Müllsammeler, die – entweder zu Fuß, mit einem Eselskarren oder mit klapprigen Pickups ausgerüstet – bergeweise Abfall einsammeln. Etwa acht Müllsiedlungen gibt es in der Millionenstadt und rund 60.000 Müllmenschen.

Sie werden "Zabbalin" genannt (auch "Zabalin", Zabbaleen" oder "Sabalin")



Ein „Müllviertel“ in Kairo: Müll auf Dächern, in Höfen und auf der Straße. Die Beseitigung ist vor allem eine Domäne von Kopten, die davon aber wirtschaftlich wenig profitieren.

und leben ausschließlich vom Müll der Millionenstadt. Meist sind es koptische Christen aus ländlichen Gebieten und Provinzen des Landes, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben in die Hauptstadt gezogen sind.

Doch aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit ist für viele nur eine Möglichkeit zum Broterwerb geblieben: sich das Recht zum Müllsammeln zu erwerben. Die Zabbalin wohnen zu Tausenden in – auch für ägyptische Verhältnisse – einfachen Häusern am Stadtrand Kairo, vor allem unterhalb des Muqattam-Berges.

Fast alles wird verwertet

Täglich sammeln die Zabbalin schätzungsweise insgesamt knapp 2.000 Tonnen Hausmüll, den sie in ihre Wohn- und Arbeitssiedlung transportieren und dort trennen. Nahezu alle Bestandteile des Mülls finden Verwendung: Pappe, Metall, Plastik und Glas. Sogar die faulenden Essensreste sind willkommen, sie dienen als günstiges Futter für Ziegen und Schweine, die von den Zabbalin oft als Nebeneinkunftsquelle gehalten werden. Mensch und Tier leben dort auf engstem Raum.

Um Platz zu schaffen wird Unbrauchbares oft noch vor Ort verbrannt, daher sind die Müllviertel oft von beißendem Qualm durchzogen. Bis zum Abend müssen die Zabbalin ihren Müll sortiert und weiterverkauft haben, um Platz für neuen Müll zu schaffen, der auch während der Nacht gesammelt wird.

Die Lebensgrundlage der Zabbalin sind zwei Infrastrukturprobleme Kairo: Die völlig unzureichende und schlecht funktionierende städtische Müllabfuhr, die kaum alle Bezirke in der Stadt aufsucht und zum anderen ein Mangel an Wiederverwertungsanlagen für Rohstoffe.

Folgen für Mensch und Umwelt

Die unkontrollierte Lagerung des Mülls inmitten der Wohnbereiche der



„Müllmensch“ bei der Arbeit.

Zabbalin und die Verbrennung des Mülls verursachen nicht nur einen beißenden Gestank nach Fäulnis und Verwesung, sondern auch gravierende Probleme für Mensch und Umwelt. Die hygienischen Verhältnisse im gesamten Gelände sind katastrophal. Krankheiten sind an der Tagesordnung, besonders Erkrankungen der Bronchien – Folge der permanent brennenden Feuer aus Müll und Plastiktüten. Fliegen, die die Müllhalden bevölkern, übertragen schwere Infektionskrankheiten, wie z. B. Trachome. 60% der 50jährigen sollen durch Infektions-

krankheiten der Augen schwer sehbehindert oder bereits erblindet sein.

Inzwischen ist das Grundwasser so verschmutzt, dass es selbst abgekocht nicht als Trinkwasser verwendet werden kann. Es muss außerhalb der Müllviertel in Kanistern gekauft werden.

Das Geschäft mit dem Müll

Das System der privaten Müllabfuhr besteht eigentlich aus zwei Personengruppen, neben den Zabbalin partizipieren auch die "Wahiyah".

Die "Wahiyah" sind im Gegensatz zu den Zabbalin in der Regel Angehörige des muslimischen Glaubens. Sie standen ursprünglich an der Spitze der Hierarchie derer, die vom Müll leben, indem sie sich die Rechte für den Müll bestimmter Bezirke sicherten. Später beschränkten sie ihr Geschäft auf den Handel mit den Routen und Abholrechten. Dieses Prinzip hält sich bis heute: Hauseigentümer verkaufen ihnen für eine gewisse Summe das Exklusivrecht auf ihren Müll, die Zabbalin übernehmen dann den Abtransport und die Sortierung, sie mieten von den Wahiyah eine oder mehrere Müllrouten. Dabei gilt: je besser der Lebensstandard der Anwohner, desto besser ist ihr Müll – und desto teurer ist auch die Route durch dieses Gebiet. Deswegen meiden auch die Zabbalin die ganz armen Stadtteile Kairo, diese



Kleiner Junge in einem der „Müllviertel“.

bleiben dann oft auf ihrem Müll sitzen und drohen langsam darin zu versinken. Die Anwohner müssen ihrerseits eine kleine Abgabe an die Zabbalin leisten, der umgehend bei den Chefs, den Wahiyah abgeliefert wird. Die eigentlichen Arbeiter bekommen also in der Regel kein Geld für das Müllsammeln, sondern bei ihnen verbleibt der Müll als Bezahlung. Es gibt neben diesem System auch Müllsammler, die sich auf einen Rohstoff spezialisiert haben, und den Müll an Straßenrändern ausschließlich auf Metall, Plastikflaschen oder Ähnliches durchsuchen – ohne sich um den restlichen Müll zu kümmern.

Wie geht es weiter?

Ökologisch stellt das System nur kurzfristig eine Lösung der Müllproblematik in Kairo dar, die Langzeitschäden für Mensch und Umwelt sind zu gravierend. Und auch unter sozialen Aspekten ist der Ist-Zustand untragbar, da die Lebensqualität der Zabbalin und die Perspektiven ihrer Kinder auf der Strecke bleiben. Nur sehr wenige Zabbalin erreichen einen gewissen Wohlstand und zwar dann, wenn sie Maschinen erwerben konnten, mit denen der Müll weiterverarbeitet werden kann. Z.B. in Kunststoffgranulat, das seinerseits weiterverkauft wird.

Für die allermeisten reicht der Erlös für die gesammelten Wertstoffe nur für das Allernötigste. Kinder spielen inmitten von Tierkadavern und Fäkalien. Die nebenher betriebene Schweinezucht stellt die christlichen Kopten zudem immer mehr ins Abseits. Allerdings können viele Teile des organischen Abfalls nur von Schweinen verwertet werden. Immer wieder muss auch an die katastrophalen hygienischen Zustände erinnert werden, die die hohe Rate an Infektionskrankheiten und eine sehr hohe Säuglingssterblichkeit bedingt.

Eine mögliche Lösung könnte sein, die staatliche Müllabfuhr auszubauen und dort gezielt Zabbalin zu beschäftigen – und zwar zu Gehältern, die ein Überleben ermöglichen. Es gibt einzelne Ansätze der Behörden, die Situation

der Zabbalin zu verbessern. Umfang und Erfolge dieser Maßnahmen sind bisher sehr bescheiden. Auch das bisherige "Müllmanagement" der Stadt versagt bisher. Das gilt sowohl für den Betrieb und die Aufsicht von Depo-nien, als auch für alternative Entsorgungs-verfahren wie Mülltrennungseinrichtungen oder die kontrollierte Müllverbrennung.

Misstände ignoriert

Diese Misstände werden von der übrigen ägyptischen Bevölkerung größtenteils nicht wahrgenommen oder ignoriert. Ein Grund dafür mögen weit verbreitete Vorurteile über den angeblichen Reichtum der Zabbalin sein. Dennoch gibt es einige engagierte Ägypter und eine Reihe von westlichen Nichtregierungsorganisationen und kirchlichen Einrichtungen, die für die Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Menschen arbeiten. Dazu gehören Schulen und Kindereinrichtungen, in denen auch Hygiene und Gesundheit unterrichtet wird. Darüber hinaus gibt es nichtstaatliche Projekte, mit denen der Zabbalin ein anderes Einkommen ermöglicht werden soll, z.B. durch Handarbeiten, aber auch Recycling-Initiativen und kleine kunststoffverarbeitende "Betriebe".

Diese Maßnahmen haben die Lebenssituation vieler "Müllmenschen" deut-



Müll auf den Dächern am Fuße des Muqattam-Berges.

lich gebessert, in begrenztem Umfang dienen manche Maßnahmen auch indirekt dem Umweltschutz – eine wirkliche Lösung der Problematik scheint aber nur durch ein echtes Interesse der Regierung möglich zu sein. Ein solches Interesse ist gegenwärtig nur schwer auszumachen.

Im Jahr 2008 gerieten die Zabbalin gleich zweimal sogar in die internationale Presse. Zum einen durch ein Steinschlag-Unglück, bei dem vermutlich weit mehr als 100 Personen ums Leben kamen und mehrere Hundert verletzt wurden. Aus Mangel an Alternativen lebten und leben viele Zabbalin direkt an den steilen Felswänden des Mukattam-Berges. Am 6. September 2008 wurden etwa 35 Häuser und etwa ebenso viele Hütten von Gesteinsmassen zerstört und verschüttet. Das Unglück ereignete sich morgens um 9 Uhr. Erst am späten Abend trafen die ersten Rettungskräfte mit schwerem Gerät ein.

International beachtet wurde auch der Tod einer Symbolfigur der Zabbalin. Im Oktober 2008 starb die weltweit bekannte "Mutter der Müllmenschen Kairos", Schwester Emmanuelle, im Alter von 99 Jahren. Sie engagierte sich tatkräftig für die Zabbalin, baute Schulen und Kindergärten, lehrte Lesen und Schreiben, sammelte Geld von wohlhabenden Ägyptern.

Lebenserwartung im Müllviertel: Fünfzig Jahre

Zwei Jahrzehnte lang lebte sie bei ihren Schützlingen am Rande der Millionenstadt. Dass sie das enorm hohe Alter von 99 Jahren erlebte, ist jedoch völlig untypisch für die Bewohner der Müllviertel: Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt hier nur etwa 50 Jahre. Die hohen Verletzungs- und Infektionsgefahren sowie mit Schwermetallen und anderen Umweltgiften verseuchtes Trinkwasser sowie der unzureichende Zugang zu medizinischer Versorgung sind die maßgeblichen Gründe dafür.

Nina Pelke

Baha'í - die verbotene Religion

Vom Staat zum Leben in der Illegalität gezwungen

Das islamische Recht erkennt nur eine sehr kleine Zahl von Religionen als "geschützt" an: das Christentum, das Judentum und den Zoroastrismus, die ursprüngliche Religion des Perseerreiches. Alle übrigen Religionen haben nach klassischer islamischer Rechtsauffassung keine Existenzberechtigung. Das gilt auch für die Baha'í.

Die Baha'í-Religion hat ihren Ursprung im schiitischen Islam im Iran des 19. Jahrhunderts. Sie betrachtet sich heute als unabhängige Weltreligion. In Ägypten sind jedoch seit 1960 die Gemeindestrukturen und alle Aktivitäten der Baha'í verboten. Ihre Anhänger sind Opfer vielfältiger Diskriminierungen und Repressionen.

Im Iran, dem Ursprungsland der Baha'í-Religion, leben schätzungsweise noch 450.000 Anhänger. Die Baha'í stellen damit die größte religiöse Minderheit im Iran dar, noch deutlich vor den Christen. Die Zahl der heute noch in Ägypten verbliebenen Baha'í wird auf rund 2.000 Personen geschätzt. Da in beiden Ländern die Gemeindestrukturen der Baha'í verboten und aufgelöst wurden, sind genauere Angaben nicht möglich.

Leben ohne "ID" fast unmöglich

In Ägypten wurden die Baha'í-Gemeinden am 19.7.1960 durch den Präsidenten Gamal Abdel Nasser aufgelöst und ihr Besitz eingezogen. Die IGFM dokumentiert im Anhang das noch heute rechtskräftige und angewandte Präsidialdekret Nr. 263.

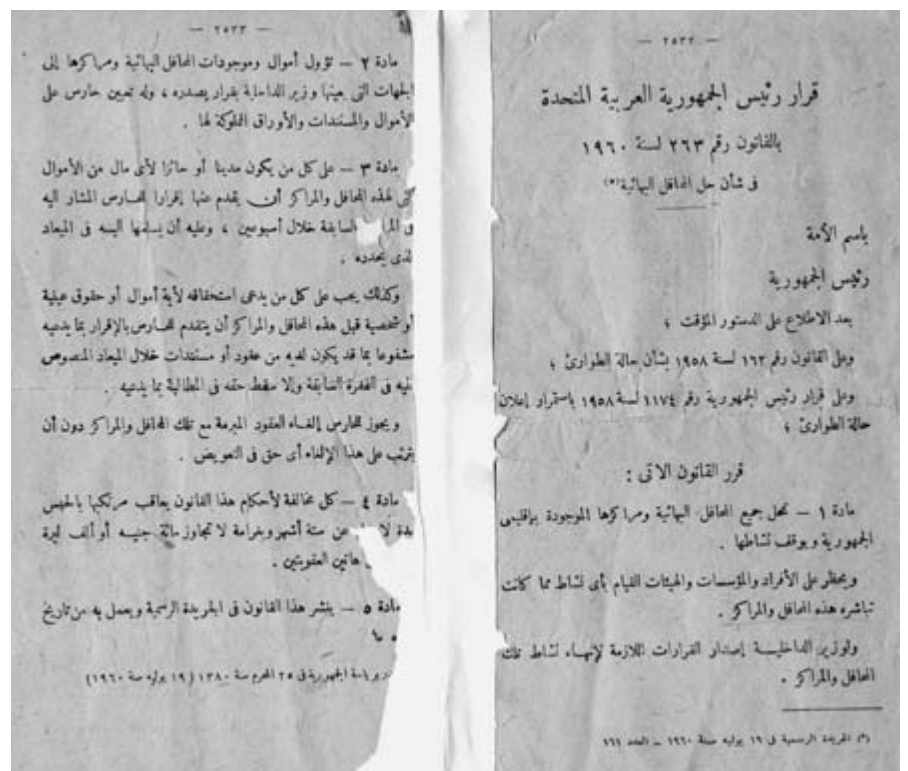
Auf den maschinell erstellten Personalausweisen Ägyptens, den "ID-Karten", kann nur die Zugehörigkeit zum Islam, zum Christentum und zum Judentum eingetragen werden. Das

Offenlassen des Religionseintrages und das Eintragen einer anderen Religion als den drei genannten wurde bisher von den Behörden verweigert. Gleiches gilt für andere staatliche Dokumente wie z.B. Geburtsurkunden oder auch Sterbeurkunden, ohne die Witwen die Rentenansprüche ihrer verstorbenen Ehemänner oder ihr Erbe nicht antreten dürfen.

Für Mietverträge, Arbeitsverträge, die Eröffnung von Bankkonten, den Schulbesuch der Kinder, die Krankenversicherung und vieles mehr ist eine ID-Karte die Voraussetzung. Ohne Personalpapiere ist ein legales Leben in Ägypten beinahe unmöglich. Ein Erstinstanzliches Urteil, nachdem einem klagenden Baha'í das Recht zugestanden wurde, einen Personalausweis zu erhalten, ist noch nicht rechtskräftig.

Das Berufungsverfahren war bei Redaktionsschluss noch anhängig. Im günstigsten Fall, dürfen im Religionseintrag des Ausweises dann ein oder mehrere Striche stehen – keinesfalls aber die tatsächliche Religion Baha'í. Außerdem fürchten Beobachter, dass die Behörden alle übrigen Antragsteller ebenfalls auf den Klageweg verweisen und ansonsten Angehörigen der Baha'í weiterhin Personalpapiere verweigern.

Eheschließungen zwischen oder mit Baha'ís sind ebenfalls unmöglich, die Möglichkeit zu einer Zivilehe existiert nicht. Jeder Bürger Ägyptens muss de facto einer der lediglich drei anerkannten Religionen angehören. Auf allen Anhängern anderer Religionen lastet ein enormer bürokratischer und gesellschaftlicher Druck zum Islam überzutreten.



Das von Gamal Abdel Nasser 1960 erlassene Dekret Nr. 263: Die Auflösung der ägyptischen Baha'í-Gemeinden. Siehe Übersetzung auf Seite 16.

Auch Religionslosigkeit ist legal unmöglich – selbst ein informelles Eingeständnis von Religionslosigkeit führt in Ägypten zu Todesdrohungen und körperlichen Angriffen durch islamische Fundamentalisten.

Dekret Nr. 263: Die Auflösung der ägyptischen Baha'í-Gemeinden

In Ägypten wurden die Baha'í-Gemeinden am 19.7.1960 durch den Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik Ägypten, Gamal Abdel Nasser, aufgelöst. Die IGFM dokumentiert nachstehend das noch heute rechtskräftige und angewandte Präsidialdekret Nr. 263.

Im Namen des Volkes

Der Präsident der Republik,

hat mit Blick auf die Vorschriften der vorläufigen Gesetzgebung, von Gesetz

Nr. 162 von 1958 über den Notstand, sowie das Dekret des Präsidenten Nr. 1174 von 1958 über die Ausweitung des Notstandes, folgendes Gesetz erlassen:

§ 1 Alle Gemeinden und Zentren der Baha'ís auf den beiden Territorien der Republik werden aufgelöst; ihre Tätigkeit wird eingestellt. Alle Personen, Institutionen und Organisationen wird die Durchführung jeglicher Tätigkeit, die diese Gemeinden und Zentren ausgeübt haben, untersagt. Dem Innenminister obliegt es, die notwendigen Maßnahmen zur Einstellung der Tätigkeit dieser Gemeinden und Zentren zu ergreifen.

§ 2 Das Vermögen der Gemeinden und Zentren der Baha'ís geht auf diejenigen Stellen über, die der Innenminister durch einen von ihm bekanntzugebenden Beschluss benennt; ihm obliegt auch die Ernennung eines Verwalters für das Vermögen und die Dokumente

und Unterlagen, die sich im Besitz der Gemeinden und Zentren befinden.

§ 3 [Vorschriften für Gläubiger und Schuldner]

§ 4 Jede Zuwiderhandlung gegen die Anordnungen dieses Gesetzes wird mit Freiheitsstrafe nicht unter sechs Monaten und einer Geldstrafe von höchstens hundert ägyptischen oder tausend syrischen Pfund oder mit einer dieser Strafen geahndet.

§ 5 Dieses Dekret wird in der Amtszeitung veröffentlicht und mit dem Tag der Veröffentlichung vollstreckt.

Ausgestellt vom Präsidenten der Republik

25 Muharram 1380 (19 Juli 1960)

Präsident der Republik

Gamal Abdel Nasser

Gewaltausbruch wegen Gottesdienst

Am 23. November 2008 ist es in Ain Schams, einem Stadtteil im Nordosten der Hauptstadt Kairo, zu blutigen Zusammenstößen zwischen Christen und Muslimen gekommen.

Nach Angaben von Sicherheitskräften wurden acht Personen verletzt, Augenzeugen sprechen von Dutzenden. Mehrere hundert koptische Christen waren am 23. November 2008 zum Gebet im Gemeindehaus von Ain Schams, einer umgebauten Textilfabrik, die sie als Kirche nutzen, zusammengetroffen.

Die Mehrheit der Besucher waren Frauen und Kinder. Der Gottesdienst wurde aus einer unmittelbar gegenüberliegenden nur Tage zuvor in einem Wohnhaus errichteten Kleinmoschee

**Polizeieinsatz
beendet
Zusammenstöße
zwischen Christen
und Muslimen im Nord-
osten von Kairo.**



durch extrem laut eingeschaltete Lautsprecher gestört. Vor dem Gebäude versammelten sich eine große Gruppe vor allem jüngerer Muslime, um gegen die christliche Zusammenkunft zu protestieren. Sie sollen von einem im Viertel bis dahin unbekanntem jungen Imam mit Hetzparolen aufgepeitscht worden sein. Die Angaben von Augenzeugen schwankten zwischen 800 und „mehreren Tausend“ Personen. Dabei warfen muslimische Jugendliche Steine und

Brandsätze und drohten: "Wir werden die Kirche niederreißen!"

Als die Angreifer versuchten, in die Kirche einzudringen, trafen starke Polizeikräfte ein, die trotz des Einsatzes von Tränengas zwei Stunden brauchten, um Herr der Lage zu werden. Nach Einschätzung von Beobachtern war der Angriff nicht spontan, sondern von Mitgliedern der radikalislamischen Muslimbruderschaft geplant.

MEDIEN:

Hofberichterstattung, Zensur und Selbstzensur statt vierte Gewalt



Die Hofberichterstattung zur Regierungspolitik ist allgegenwärtig.



Ibrahim Issa, Journalist und Herausgeber der Zeitung "al-Dastur"

Kairo gilt als eines der größten Medienzentren des Nahen Ostens. Über 20 Tageszeitungen und rund 50 Wochenzeitungen und Magazine erscheinen. Regional sehr einflussreiche Fernsehstudios aber auch eine relativ große Bloggerszene machen Ägypten zu einem der medial einflussreichsten Staaten der arabischen Welt. Die Freiheit der Medien ist jedoch stark eingeschränkt.

Die Zensur in Ägypten ist Bestandteil der Anwendung des sogenannten "Notstandsgesetzes Nr. 162". Es wurde 1958 verabschiedet und 1967 erstmals angewendet. Nach der Ermordung von Präsident Sadat durch extremistische Muslime am 6. Oktober 1981 ist durch Sadats Nachfolger Husni Mubarak der Ausnahmezustand immer wieder verlängert worden. Von 1981 bis heute – also während der gesamten Amtszeit von Staatspräsident Mubarak wird es ohne Unterbrechung angewandt. Notstandsgesetz und Ausnahmezustand sind in Ägypten zur Regel geworden.

Alle Garantien der bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte sind damit außer Kraft gesetzt. Das Notstandsgesetz erlaubt der Regierung eine umfangreiche Zensur aller Medien des Landes sowie das Abhören von Privattelefonen ohne Einschränkungen.

Die Regierung kann Verdächtige verhaften und ohne Anklage, Beweise oder Urteil langfristig festhalten. Außerdem können durch das Gesetz Demonstrationen, Streiks und öffentliche Versammlungen verboten sowie Medien geschlossen werden.



"Allah" steht über allem. Blick auf die berühmte Al-Azhar Moschee. Die Moscheeleitung darf in Ägypten Zensur ausüben.

Die ägyptischen Sicherheitsbehörden machen von diesen "Rechten" sehr häufig Gebrauch: Nach Schätzungen internationaler Beobachter befinden sich derzeit mindestens 5.000 Menschen auf der Grundlage des Notstandsgesetzes ohne Anklage oder Gerichtsverhandlung im Gefängnis, viele von ihnen seit Jahren. Möglicherweise ist die tatsächliche Zahl noch deutlich höher. Jede Prüfung scheidet an der restriktiven Haltung der Regierung.

Begründet wird der Dauer-Ausnahmezustand mit der Bekämpfung des Terrorismus. Die übrigen Gesetze seien dazu nicht wirksam genug. Bislang hätte die Zeit angeblich nicht ausgereicht, ein effizientes Antiterrorgesetz zu entwickeln.

Blogger und Regimekritiker im Visier der Zensoren

Bei den Zensoren in Ägypten stehen Journalisten, Blogger und Regimekritiker ganz oben auf der Liste des Interesses und werden immer wieder schikaniert. In diesem Zusammenhang wurden 2008 bereits mindestens 20 Personen verhaftet und verurteilt. Einer von ihnen ist Ibrahim Issa. Der renommierte Journalist und Herausgeber der Zeitung "al-Dastur" hatte 2007 über Gerüchte geschrieben, wonach Ägyptens Präsident Husni Mubarak in einem kritischen gesundheitlichen Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert worden sei.

Immer wieder Arbeitsverbote

Ende September war er von einem Berufungsgericht zu einer zweimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, hatte die Haft aber nicht antreten müssen, da Mubarak die Haftstrafe gegen ihn wieder aufgehoben hatte. Issa war bereits in der Vergangenheit mehrfach verurteilt oder mit Arbeitsverboten belegt worden.

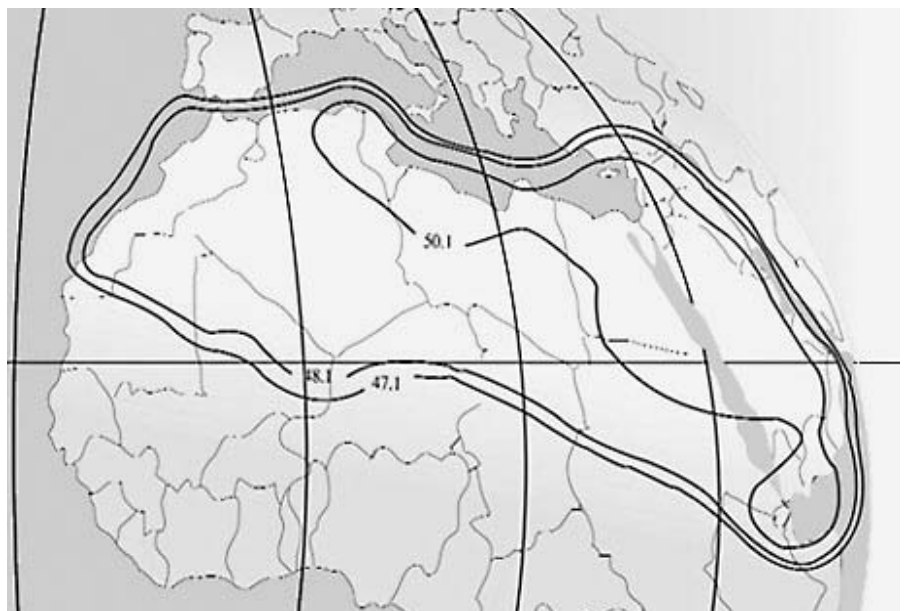
Die ungefilterte Ausstrahlung von Satelliten-TV-Programmen ist praktisch allen arabischen Regierungen ein Dorn im Auge. So wendet sich die



Ob arm oder reich – beinahe alle Ägypter haben Zugang zum Fernsehen. Auch wegen der hohen Zahl an Analphabeten ist Fernsehen in Ägypten das Medium Nummer 1.

ägyptische Regierung wiederholt gegen Satelliten-Dienstleister, die unliebsame Programme ausstrahlen. In der Satellite-Broadcast-Charter (SBC) haben die Staaten der arabischen Liga zusammengefasst, wie TV-Anbieter künftig mit modernen Medien zu verfahren haben. Demnach dürfen die TV-Sender keinesfalls "den zivilen Frieden, die nationale Einheit, die öffentliche Ordnung und die Öffentliche Moral negativ beein-

flussen". Hier greift ein Mediengesetz aus dem Jahre 1960, das besagt, dass allein der staatlichen ägyptischen Radio- und Fernsehgesellschaft das Recht eingeräumt wird, TV-Signale aus dem Land hinaus zu übertragen. Kritiker mahnen seit langem an, dass dieses Gesetz vollkommen veraltet sei und moderne Technologien wie etwa Satelliten überhaupt nicht berücksichtige. Die Regierung habe zwar schon



Übertragungsgebiet von Nilesat. Der Satellit überträgt rund 150 TV- und Radiokanäle, vornehmlich im Mittleren Osten. Fast alle arabischen Sender werden jedoch massiv von den jeweiligen Regierungen beeinflusst.



Unterdrückte Frauen werden leicht übersehen.
Unterstützen Sie uns im Kampf für ihre Rechte. www.igfm.de





Über zwanzig Tageszeitungen und rund fünfzig Wochenzeitschriften und Magazine erscheinen in Ägypten.

mehrfach eine Aktualisierung angekündigt, soweit bekannt, bislang aber keinerlei Schritte in dieser Richtung unternommen. Aus Regierungskreisen wird behauptet, die Bestimmungen der SBC dienen lediglich dem Schutz der Jugend vor Pornografie, Gewalt und Hasskampagnen terroristischer Gruppen. In der Praxis ermöglicht die gegenwärtige Rechtslage es der Regierung

aber, fast nach Belieben gegen moderne Medien vorzugehen.

Restriktive Pressegesetze gelten in Ägypten selbstverständlich auch für das Internet. Dieses dezentrale Medium ist für die freie Meinungsäußerung wie geschaffen, denn nirgendwo sonst kann sich eine Meinung schneller verbreiten und dazu große Beachtung finden.



Bericht über die Arbeit örtlicher Frauenrechtsorganisationen. Ägyptische Medien haben in den vergangenen Jahren auch gesellschaftliche Tabuthemen aufgegriffen – und sind dabei immer wieder an ihre Grenzen gestoßen.

Trotz der Gefahr, von den staatlichen Sicherheitsdiensten identifiziert zu werden, hat sich in Ägypten eine ständig wachsende Bloggergemeinde gebildet. Mit regierungs- und gesellschaftskritischen Texten riskieren viele der digitalen Dissidenten ihre persönliche Freiheit, dafür hat ihr Wort in der arabischen Welt Wirkung und stößt auf ein weites Interesse. Wohl auch aus diesem Grund gibt es immer wieder Mutige, die sich den Mund bzw. die Tastatur nicht verbieten lassen. Mittlerweile tauschen sie untereinander auch Tricks und Tipps aus, wie sie der Zensur durchs Netz gehen können.

Der Blogger und Romanautor Mosaad Suleiman Hassan, auch bekannt als Mosaa Abu Fajr, ist eines der bekanntesten Opfer des Notstandsgesetzes und sitzt seit September 2007 in Haft. Er war nach dem Ausbruch von Demonstrationen gegen die ägyptische Regierung festgenommen worden, weil er angeblich Beamte beleidigt und die Protestierenden angespornt haben soll. Im Februar 2007 wurde der Blogger Abdel Nabil Suleiman, bekannt als "Karim Amir", wegen seiner Kritik an der ägyptischen Regierung zu vier Jahren Haft verurteilt. Er hatte in seinem Blog die ägyptische Regierung als Diktatur bezeichnet und die Al-Azhar-Universität als engstirnige und geistig rückständige Institution bezeichnet. Vor seiner Verhaftung wurde er exmatriculiert.

Ähnlich wie beim UN-Informationsgipfel in Tunesien ziehen die Vereinten Nationen keine Konsequenzen aus der systematischen Verletzung des Rechts auf Meinungs- und Pressefreiheit in Ägypten: 2009 wird das Land Gastgeber für das "Internet Governance Forum" sein, auf dem über die Zukunft des Internet diskutiert werden soll. Solange Staaten für die Verletzung von Menschenrechten weder bilateral noch auf EU- oder UN-Ebene zur Rechenschaft gezogen werden, gibt es für sie auch keine Notwendigkeit, ihre repressiven Methoden zu ändern.

Max Klingberg

Der Journalist Mohamed Hegazy wurde Christ

Konvertitenehepaar auf der Flucht

Ex-Muslime von Extremisten gejagt und bedroht

Der ägyptische Journalist Mohamed Ahmed Hegazy ist der mit Abstand bekannteste ehemalige Muslim, der in Ägypten zum Christentum übergetreten ist. Er ist der erste Konvertit des Landes, der versucht hat, auf legalem Weg den Religionseintrag in seinen Ausweispapieren ändern zu lassen.

Nach der Weigerung der Behörden versuchte er, sein Recht auf die Änderung seiner Religion gerichtlich feststellen zu lassen. Der Religionseintrag hat für ägyptische Staatsbürger sehr weitreichende Konsequenzen.

Seit Hegazy am 2. August 2007 die Änderung der Religionszugehörigkeit

in seinem Personalausweis (ID-Karte) von "Muslim" in "Christ" beantragte, sind er und seine Frau gezwungen, versteckt zu leben. Das Verlassen des Islams ist Hegazy gerichtlich verweigert worden, das oberste Gericht hat ein Revisionsverfahren nicht zugelassen. Zahlreiche Personen, darunter Vertreter staatlicher Institutionen, haben öffentlich seinen Tod gefordert.

Auf ihn, seine Frau und ihre gemeinsame kleine Tochter Mariam (geboren am 10.01.2008) sind mehrere Anschläge verübt worden, bei denen eine koptische Nonne starb. Nach Einschätzung der IGFM handeln die Extremisten, die versucht haben und noch immer versuchen, Hegazy und seine Frau zu töten, mit der Billigung und Unterstützung ägypti-

scher Sicherheitsbehörden. Der Vater Hegazys, der seinen Sohn öffentlich mit dem Tod bedroht hat, reichte eine Anzeige zur Zwangsscheidung des Paares und zum Entzug des Sorgerechtes ein. Hegazy und seine Frau besitzen keine Reisepapiere. Sie befürchten, bei der Antragstellung umgebracht zu werden. Bleiben sie in Ägypten, so ist ihre Ermordung nach Einschätzung der IGFM nur eine Frage der Zeit.

Hegazy, mit vollem Namen "Muhamad Achmad Muhamad Muhamad Hegazy", wurde am 01. Januar 1983 in Port Said als Sohn eines Zollbeamten in einer für ägyptische Verhältnisse moderat religiösen, muslimischen Mittelschichtfamilie geboren. Über koptische Klassenkameraden lernte er das Christentum kennen und wurde 1999 im Alter von 16 Jahren Christ.

Seit dem 02. August 2006 ist er verheiratet mit Um Haschim Ali Kamil Sulaiman (geboren am 09. September 1984). Auch sie ist eine Konvertitin zum Christentum, aber wie Hegazy selbst "juristisch" muslimisch. Die Hochzeit musste daher nach islamischem Personenstandsrecht in einer Moschee erfolgen, ohne dass der islamische Geistliche etwas vom tatsächlichen Glauben der beiden wusste. In Ägypten gibt es keine Möglichkeit zu einer nichtreligiösen ‚Zivilehe‘.

Verhaftungen, Folter, Antrag auf Änderung des Religionseintrages

Kurze Zeit nach seinem Glaubenswechsel wurde er mit 16 Jahren zum ersten Mal von der Staatssicherheit verhaftet und drei Tage verhört und gefoltert. Zuvor und danach wurde er von Fami-



Der ägyptische Journalist Mohamed Ahmed Hegazy zur IGFM: "Ägypten hat erhebliche finanzielle Hilfe aus Europa und den USA erhalten. Diese Hilfe sollte auch der Verbesserung der Menschenrechtssituation dienen, dafür wurden diese Mittel aber nicht verwendet".

lienangehörigen, insbesondere seinem Vater ebenfalls geschlagen, misshandelt und gefoltert, seine christliche Literatur verbrannt. Hegazy hatte schließlich vor seinem eigenen Vater fliehen müssen. Während seiner Inhaftierungen und Verhöre erfuhr er von Beamten, dass es eine eigene Abteilung der Staatssicherheit gegen christliche Mission gibt. Hegazy wurde mehrfach Opfer willkürlicher Verhaftungen und zum Teil tagelanger Folter, mit dem Ziel, seine Kontakte mit Christen zu unterbinden und ihn zur Rückkehr zum Islam zu zwingen.

Gründe für Antrag und Prozess

In Ägypten spielt der Religionseintrag in den Papieren eine wichtige Rolle. Der Eintrag legt das Personenstandsrecht für die betroffene Person fest.

Nach islamischem Personenstandsrecht ist es beispielsweise einer muslimischen Frau verboten, einen nichtmuslimischen Mann zu heiraten. Es handelt sich dabei um eine Vorschrift aus dem Familienrecht der Scharia, die in Ägypten rechtskräftig ist, obwohl es sich dabei um eine Verletzung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte handelt, den Ägypten am 14. Januar 1982 ratifiziert hat. Mus-

limische Frauen können nach dem in Ägypten geltenden Familienrecht von ihren Ehemännern verstoßen werden, sie erben lediglich die Hälfte muslimischer Männer usw.. Christen, Atheisten usw., die rechtlich weiterhin "Muslime" sind, werden u.a. als Schüler gezwungen, an islamischen Gottesdiensten teilzunehmen.

Das Ehepaar wollte durch den Antrag zum einen die rechtliche Möglichkeit zur freien Wahl der Religion für sich und für alle übrigen ehemaligen Muslime gerichtlich feststellen lassen. Gleichzeitig sollte die gemeinsame Tochter in ihren Papieren den Religionseintrag "Christin" erhalten, damit für sie das christliche Personenstandsrecht gelte. In Ägypten wird die Religion, der ein Bürger juristisch angehört, von der Religion bestimmt, der der Vater bei der Geburt des Kindes (juristisch) angehörte. Eine freie Wahl haben die Bürger nicht. Kein Bürger darf juristisch einer vom Islam nicht anerkannten Religion angehören – das betrifft fast alle Religionen der Welt. Auch dürfen Christen nicht zum Judentum konvertieren.

Der Prozess

Als die Medien auf Hegazys Antrag aufmerksam wurden, bekannte er sich zu

seinem (neuen) Glauben, was zu einem Aufschrei in der ägyptischen Öffentlichkeit führte. Die Folge waren umgehende Todesdrohungen von islamischen Extremisten und islamischen Geistlichen. Die Behörden weigerten sich, Hegazys Religionseintrag zu ändern.

Schon am 7. August sah sich Hegazys Anwalt Mamdouh Nakhla gezwungen, von Hegazys Vertretung zurückzutreten. Der Anwalt ist Direktor des Kalema Center for Human Rights. Massive Einschüchterungen und Todesdrohungen gegen ihn und seine Familie von islamischen Extremisten, von islamischen Geistlichen und anderen Juristen hatten ihn dazu bewogen. Nach einem Bericht, den Nakhla öffentlich nicht bestätigen wollte, soll er angeblich auch von Vertretern der Staatssicherheit bedroht worden sein. Die ägyptische Staatssicherheit soll Hegazys Anwalt Nakhla "gewarnt" haben, er könnte getötet werden, falls er nicht von dem Fall zurücktrete.

Mehrerere Verhandlungen fanden statt. Teilweise versuchten islamistische Anwälte, die Anwälte Hegazys vom Arab Network for Human Rights Information (ANHRI) im Gerichtssaal körperlich anzugreifen.

Am 29. Januar 2008 entschied ein Kairoer Verwaltungsgericht gegen den Antrag Hegazys. Richter Muhammad Hussein verwies darauf, dass es gegen islamisches Recht verstoße, den Islam zu verlassen. Er begründete die Entscheidung mit Artikel 2 der Verfassung, der die Scharia als Quelle des Rechts in Ägypten festlegt. Ägyptens höchstes Gericht hatte anschließend einen Antrag auf Zulassung einer Revision nicht zugelassen. Die möglichen Rechtsmittel in Ägypten waren und sind damit ausgeschöpft.

Todesdrohungen, Angriffe, Repressalien

Hegazys Vater äußerte gegenüber der ägyptischen Tageszeitung Al-Masry al-Youm (25. Januar 2008), "Wenn ich meinen Sohn sehe, werde ich ihm eine



ID-Karte: Stein des Anstoßes: der Hegazys Religionseintrag auf der maschinenlesbaren ID-Karte. Nur die Einträge Muslim, Christ und Jude sind in Ägypten möglich. Alle anderen Religionen sind ägyptischen Staatsbürgern de facto verboten.

Chance geben, zum Islam zurückzukehren." Wenn er dies ablehnen sollte, würde er ihn eigenhändig töten: "Ich werde ihn mit meinen eigenen Händen töten, ich werde sein Blut öffentlich vergießen." Hegazys Vater reichte eine Anzeige zur zwangsweisen Scheidung seines Sohnes und zum Entzug des Sorgerechtes für Hegazys Tochter ein. Auch Hegazys Schwiegervater beantragte die Annullierung der Ehe.

Indirekte Morddrohungen auch in staalichen Medien

Staatsnahe Medien gaben Angriffen gegen Hegazy und seinen Antrag, legal den Islam verlassen zu können, breiten Raum. Dazu gehörten auch Rechtfertigungen und indirekte und kaum verhohlene Aufrufe zu seiner Ermordung. Hegazy wurde in kürzester Zeit in ganz Ägypten bekannt. Dazu beigetragen hatte in besonderem Maß die Fernsehberichterstattung, zu der auch ein Fernsehinterview Hegazys gehörte.

Seit Fotos von Hegazy auch im Internet kursierten, wagten Hegazy und seine Frau nur sehr selten, ihre Unterkunft zu verlassen. Seither mussten sie viermal aus ihrer jeweiligen Wohnung fliehen, weil gewalttätige Extremisten ihren Aufenthaltsort herausgefunden hatten. Die Extremisten waren jedes Mal in die Wohnung eingedrungen und hatten sie verwüstet. Zweimal hatten sie das zerschlagene Mobiliar mit Benzin übergossen und angezündet.

Staatssicherheit und Polizei

Hegazys Folter durch die ägyptische Staatssicherheit ist in dieser Hinsicht kein Einzelfall. Ein sehr großer Anteil der der IGFM bekannten Konvertiten ist von ägyptischen Behörden willkürlich verhaftet und gefoltert worden. Die IGFM vermutet, dass islamische Extremisten, die Hegazy und seine Frau töten wollten und wollen, mit Billigung der ägyptischen Staatssicherheit handeln.

In einem Fall umringte eine Gruppe islamischer Extremisten das Haus, in



Wegen Todesdrohungen und Überfällen durch fanatische Muslime waren Hegazy und seine Frau mehrfach gezwungen, mit ihrer kleinen Tochter eine neue Fluchtwohnung zu finden. Die Wohnungen im Bild sind für das Paar aber unerschwinglich teuer.

dem die Fluchtwohnung Hegazys lag. Andere Bewohner des Hauses alarmierten daraufhin die Polizei, die rasch eintraf und damit begann, die Männer zu verhaften. Nur einige Minuten später wurden die Verhafteten auf freien Fuß gesetzt. Sie konnten unbehelligt weiter das Haus umstellen. Hegazy und seine Frau befanden sich zu diesem Zeitpunkt durch Zufall nicht in der Wohnung.

Letztendlich brachen die Extremisten die Tür der Wohnung auf und verwüsteten das Mobiliar. Die alarmierte Polizei schritt nicht ein. Soweit bekannt, wurde niemand der Täter zur Rechenschaft gezogen.

Vertreter staatlicher Universitäten

Einige nach ägyptischen Maßstäben als relativ "liberal" geltende islamische Geistliche äußerten die Auffassung, dass der Abfall vom Islam verboten sei, es dafür aber keine irdischen Strafen, sondern "nur" göttliche Strafen in der Hölle im Jenseits gäbe. Zu dieser Gruppe gehört Ägyptens Großmufti, Ali Gum'a, der für eine entsprechende Fatwa von anderen Geistlichen der staatlichen Al-Azhar-Universität scharf angegriffen wurde.

Die ehemalige Dekanin der Hochschule für Frauen der Al-Azhar-Universität, Souad Saleh, verlangte die Enthauptung des Hegazys. Sie bezeichnete die Fatwa Gum'as als "wertlos". Das öffentliche Bekenntnis zur Konversion sei eine Verleugnung und Verspottung des Islam und müsse im Diesseits mit dem Tod bestraft werden. Hegazy wurde am 25. August 2007 mit einem Scheich der Al-Azhar Universität, Youssef al-Badri, im Fernsehen interviewt. Al-Badri forderte darin erneut die Todesstrafe Hegazys.

Der IGFM ist kein einziger Vertreter des ägyptischen Staates bekannt, der sich für das Recht auf freien Religionswechsel – auch vom Islam – eingesetzt hätte. Demgegenüber gab es eine Reihe von Politikern, darunter Parlamentsabgeordneten der regierenden NDP, die Hegazy scharf angegriffen haben.

Kirchen und Konvertiten

Die Kirchen Ägyptens geben Konvertiten keinerlei öffentlich Unterstützung. Konvertiten werden nicht in Gemeinden aufgenommen. Mehrere Konvertiten berichteten, dass sie aufgrund von Anzeigen von Kirchenvertretern von der Staatssicherheit verhaftet wurden. Grund für dieses Verhalten der Kirchen ist die – begründete – Angst vor gewalttätigen Übergriffen islamischer Fundamentalisten und vor Repressalien des Staates, z.B. Schließung kirchlicher Liegenschaften, Verhaftungen etc.

Im Falle Hegazys forderten die islamischen Anwälte der Behörden als Beweis für seinen Übertritt zum Islam eine Taufbescheinigung. Taufbescheinigungen für ehemalige Muslime werden allerdings von keiner ägyptischen Kirche ausgestellt. Nur sehr wenige ägyptische Pfarrer taufen ehemalige Muslime. Sie tun dies ohne Wissen ihrer Kirchenleitung und gegen deren ausdrücklichen Willen. Eine Taufbescheinigung würde sie mit sehr großer Wahrscheinlichkeit zu einem potenziellen Angriffsziel von islamischen Extremisten machen.

Max Klingberg

Bevölkerungswachstum

Wettlauf zwischen Pflug und Storch

Das außerordentlich starke Wachstum der ägyptischen Bevölkerung erschwert die Armutsbekämpfung und die Verwirklichung grundlegender Menschenrechte der Bürger des Landes. Das zu schnelle Bevölkerungswachstum führt dazu, dass grundlegende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte („WSK-Rechte“) für viele Ägypter nicht sichergestellt werden können.

Vor allem ist die Versorgung mit Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Arbeitsplätzen und Nahrungsmitteln knapp. Vor allem die Produktion von Nahrungsmitteln ist in Ägypten nur noch begrenzt steigerbar, da das Land nur um den Nil und an wenigen Oasen landwirtschaftlich nutzbar ist. Diese Fläche macht nur etwa fünf Prozent des Territoriums aus. Allerdings drängen sich dort 95 Prozent der Bevölkerung. Das Land und vor allem Kairo platzt aus allen Nähten.

Bevölkerungswachstum als Entwicklungshemmer

Trotz mehr Verhütung und weniger Kindern pro Frau ist in naher Zukunft ein Wachstumsstopp nicht in Sicht. Viele Kinder werden in Ägypten – und nicht nur dort – traditionell mit Wohlstand, Sicherheit und Versorgung im Alter gleichgesetzt. Um das Jahr 1900 galt die nutzbare Fläche Ägyptens mit rund 10 Millionen Einwohnern bereits als dicht besiedelt. 1970 lag die Bevölkerungszahl nach Angaben der Vereinten Nationen bereits bei rund 35 Millionen, im Jahr 2008 soll sie bereits die Marke von 80 Millionen Menschen überschritten haben. Diese Verachtfachung der Bevölkerung stellt Ägypten vor ungeheure Probleme.

Die ägyptische Mittelschicht sackt

Im Straßenverkehr bekommen die Ägypter die Bevölkerungsexplosion schon seit langer Zeit zu spüren.



materiell immer weiter ab, vielen jungen Menschen fehlt eine Perspektive. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die Bevölkerungszahl Ägyptens im Jahr 2040 im ungünstigsten Fall bei knapp 130 Millionen liegen könnte. Das würde unter anderem bedeuten, dass die Bevölkerung jeden Tag (!) netto um mehr als 4.300 Menschen zunehmen würde. Schon jetzt kann der ägyptische Staat den Bedarf an Schulen und Arbeitsplätzen nicht decken. Auch im günstigsten Fall wird bis zum Jahr 2040

die Zahl der Einwohner die 100 Millionenengrenze überschritten haben.

Nach Auffassung von Demographen sind die Grundvoraussetzungen für Entwicklung und zur Überwindung von Armut wirksame Familienplanungsprogramme und die Bereitschaft, weniger Kinder zu bekommen. Am „Wollen“ scheitert es jedoch oft nicht oder nicht nur. Die gegenwärtige Bevölkerungszunahme geht zu einem spürbaren Teil auf ungewollte Schwangerschaften zurück



Stau nach Mitternacht in Kairo.

– jedes Jahr sollen es 76 Millionen allein in Entwicklungsländern sein. Mehr als 200 Millionen Frauen weltweit können nicht verhüten, obwohl sie es wollen. Häufig fehlen ihnen Informationen zu Familienplanung und der Zugang zu Verhütungsmitteln. Wenn alle Frauen, die freiwillig die Zahl ihrer Kinder beschränken wollen, die Chance dazu erhielten, würde sich nach Angaben der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) das Bevölkerungswachstum um ein Fünftel verringern.

Religion und Verhütung

In Ägypten ist Religion in allen Lebensbereichen gegenwärtig. Familienplanung wäre daher undenkbar ohne Unterstützung der religiösen Autoritäten. Die für die Ägypter älteste und wichtigste theologische Instanz des sunnitischen Islams ist die Al-Azhar-Universität.

Gegenüber der Familienplanung sind die Würdenträger der Al-Azhar heute aufgeschlossen. Das war nicht immer so. Noch in den 1970er-Jahren verurteilten einflussreiche islamische Geistliche Geburtenkontrolle als eine indirekte Form der Abtreibung, als einen Eingriff in den Willen Gottes. Familienplanung galt als westliche Idee, als ein Versuch, die Araber und Muslime ihres Nachwuchses und damit ihrer Stärke zu berauben.

Die für jeden Ägypter spürbaren Folgen der Bevölkerungsexplosion führten im Laufe der siebziger Jahre allerdings zu einem Umdenken. Ganz allgemein lässt sich zusammenfassen, dass heute zahlreiche islamische Autoritäten Familienplanung zulassen und dass die islamischen Autoritäten sowie die Regierung Ägyptens Familienplanung fördern, wenn auch nur in einem gewissen Rahmen. Gemessen an der in Afrika vorherrschenden Lehrmeinung der katholischen Kirche erscheint die Haltung der Al-Azhar als liberal. Sie steht im Gegensatz zu radikalen islamischen Fundamentalisten, die ähnlich wie konservative katholische Geistli-



Nach Auffassung von Demographen Grundvoraussetzung für Entwicklung und zur Überwindung von Armut: wirksame Familienplanungsprogramme und die Bereitschaft, weniger Kinder zu bekommen.

che Schwangerschaften als Willen Gottes deuten.

Ägypten – eine reproduktive Revolution?

1979 verwendete erst jede vierte verheiratete Ägypterin Verhütungsmittel, 1994 war es bereits jede zweite. 2005 verhüteten ca. 59 % der Ehefrauen. Dies führte zu einem deutlichen Rückgang der Geburtenzahlen. Bekam im Zeitraum 1970-1975 eine ägyptische Frau in ihrem Leben noch durchschnittlich 5,7 Kinder, so sind die durchschnittlich 3,3 im Zeitraum 2000-2005 ein Fortschritt. Als das populärste Verhütungsmittel gilt die Spirale, die allerdings auch nur mit Einverständnis des Mannes eingesetzt werden darf.

Doch obwohl Verhütungsmittel häufiger verwendet werden als früher, bringt eine Ägypterin durchschnittlich ein Kind mehr zu Welt, als sie eigentlich wollte. Außerdem steigt die Lebenserwartung aufgrund der verbesserten gesundheitlichen Versorgung in Ägypten stetig an. Wurden die Ägypter im Jahr 2000 noch durchschnittlich 63 Jahre alt, so betrug die Lebenserwartung im Jahr 2008 schon knapp 72 Jahre. Es wird nach Einschätzung der UN noch mehrere Generationen dauern, bis die aktuelle Bevölkerungszahl Ägyptens einigermaßen konstant bleibt. Nur wenige wagen sich auszumalen, in welchen sozialen Verhältnissen ein Großteil der Ägypter dann leben wird.

Silke Vollhase

Essen

Kubanischer Bürgerrechtler gewürdigt

Am 23. November 2008 hat die katholische Pfarrei Pax Christi in Essen in ihrer Gebetskapelle den kubanischen Bürgerrechtler und Dichter Pedro Luis Boitel gewürdigt und seinen Namen in den Fliesen auf dem Kappellenboden verewigt.

Pedro Luis Boitel (1931-1972) stand sowohl in Opposition zum kubanischen Diktator Batista als auch zur darauffolgenden kommunistischen Einparteiendiktatur. Unter der Diktatur von Fulgenico Batista war Pedro Luis Boitel gezwungen ins venezolanische Exil zu fliehen. Nach der Revolution kehrte er nach Havanna zurück. Er kri-

IGFM-Mitglied Heinrich Brechtmann hatte sich für das Gedenken an den in Haft gestorbenen kubanischen Dichter Pedro Luis Boitel eingesetzt.



tisierte den neuen Alleinherrscher Castro und wurde daraufhin verhaftet und gefol-

tert. Boitel starb am 25. Mai 1972 in Folge eines Hungerstreiks.

IGFM Bergen-Enkheim

Hilfe für Rumänien

Rumänien ist inzwischen Mitgliedsländ der Europäischen Union. Für die Menschen auf dem Land hat sich die Situation aber leider noch keineswegs gebessert.

Die meisten Renten liegen zwischen 60 und 120 Euro und das bei Preisen, die in Rumänien nicht selten über denen in Deutschland liegen. Das weitmaschige soziale Netz greift in vielen Fällen nicht – weil die Kassen leer sind. Auf der Strecke bleiben viele alte Menschen, Kranke, kinderreiche Familien oder allein erziehende Mütter.

Schon Ende November hatten Ehrenamtliche der IGFM Bergen-Enkheim 100 Lebensmittelpakete zu je 10 kg gepackt. In der Vorweihnachtszeit hatte Karin Müller-Kinet wieder am Eingang von Supermärkten dafür geworben, für besonders Bedürftige "Eine Sache mehr" zu kaufen. Für die

Karin Müller-Kinet (rechts), Sprecherin der IGFM-Arbeitsgruppe Bergen-Enkheim, vor dem Kindergarten "Rasselbande".



Bescherung z.B. Zucker, Honig, Kaffee, Schokolade aber auch Zahnpasta und Seife. Weitere 360 kg Hilfsgüter wurden von Supermarktkunden gespendet.

Weihnachtspakete für Kinder

Über einen Aufruf in der Zeitung baten die IGFM-Aktiven außerdem, Weihnachtspakete für völlig mittellose Kinder zu packen, die dringend benötigte Dinge wie Zahnbürsten, Handschuhe, Schals oder Mützen enthalten sollten,

aber auch kleine Dinge, die einfach Freude bereiten sollten, z.B. Puzzel oder Buntstifte. Der katholische Kindergarten in Bergen-Enkheim und der Kindergarten "Rasselbande" beteiligten sich zum Martinstag, indem alle Kinder gebeten wurden ein Spielzeug oder Kuscheltier für mittellose Kinder in Rumänien abzugeben. Rechtzeitig vor Weihnachten konnten alle Geschenke nach Rumänien gebracht und an die oft überglücklichen kleinen und großen Empfänger übergeben werden.

MAUERMUSEUM

Kunstauktion zugunsten von Gewissens- gefangenen

Etwa 900 kleinere Bilder sind am 5. Dezember 2008 im Mauermuseum am Checkpoint Charlie in Berlin, versteigert worden. Die zehn mal zehn Zentimeter großen Leinwände hingen zur Auktion an einem Weihnachtsbaum in den Räumen des Museums. Sie sind das Werk von europäischen Künstlern und Schülern aus Berlin und Brandenburg.

Der Erlös von zusammen 5.000 Euro wurde von Alexandra Hildebrandt, der Direktorin des Mauermuseums, zugunsten von vier politischen Gefangenen an die IGFM übergeben. Dabei handelt es sich um die beiden kubanischen Bürgerrechtler Maria de los Angeles Borego und Normando Hernández González sowie die beiden chinesischen Menschenrechtsaktivisten Hu Jia und Shuang Shuying.

Bei der Versteigerung war auch Helena Kane Finn, Botschaftsrätin der USA in der Botschaft Berlin und Peter E. Müller von der IGFM Hongkong Watch zugegen. Peter Müller stellte den Anwesenden die vier von der IGFM betreuten Gefangenen vor, deren Unterstützung vom Erlös der Auktion ausgeweitet werden soll. Alexandra Hildebrandt dankte allen Künstlern für die Unterstützung der Aktion.

Zu den teilnehmenden Künstlern gehörten Ai Weiwei, Horst Antes, Otmar Alt, Elvira Bach, Fanny Boton,



Alexandra Hildebrandt, Direktorin des Mauermuseums, überreichte am 12. Dezember 2008 symbolisch eines der Kunstwerke aus der Auktion für die politischen Gefangenen an IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin

Gisela Breitling, Erik Bulatow, Louis Busman, Maria Chevskva, I.K.H. Diane Herzogin von Württemberg, Prinzessin von Frankreich, Herbert W. Franke, Johannes Geccelli, Wolfgang Hutter, Susanne Kiener, Knizäk, Koepfel, László Lakner, Dietrich Lusici, Jonathan Meese, Karl Oppermann, Siegfried Rischar, Endre Tót, Jan Voss, Max Uhlig, Franz Erhard Walther, Angela Weber-Kizio, Robert Wilson, Harald Wolff und Bernd Zimmer.

Ganz ausdrücklich dankte die Direktorin des Mauermuseums auch den Schülerinnen und Schülern, ihren Lehrerinnen und Lehrern für ihren Einsatz für verfolgte Menschenrechtsverteidiger.

Beteiligt waren die Paul-Simmel-Grundschule in Tempelhof, die Gustav-Falke-Grundschule in Wedding, die Erpelgrund-Schule, die Heiligensee-Grundschule und die Albrecht-Haushofer-Oberschule in Tegel, die Katholische Schule Sankt Franziskus in Schöneberg, die Mord-Grundschule und die Droste-Hülshoff-Oberschule in Zehlendorf, die J.W. von Goethe-Oberschule in Templin, die Sachsenwald-Schule in Steglitz, die Edison-Grund-

schule in Oberschöneweide, die Reinhold-Otto-Grundschule im Westend, die Volkshochschule Cottbus, die Lauterbach-Grundschule in Reinickendorf, die Katholische Schule Bernhardinum in Fürstenwalde, die Kurt-Tucholsky-Grundschule in Moabit, die Eberhard-Klein-Schule in Kreuzberg, die Erich-Kästner-Schule in Fürstenwalde, die Oberschule am Rollberg in Bernau, das Strittmatter-Gymnasium in Gransee, die Erich-Kästner-Grundschule in Dahlem und creativmarkt.idee.

Am 12. Dezember 2008 überreichte Mauermuseum-Direktorin Alexandra Hildebrandt in Berlin symbolisch eines der kleinen Kunstwerke an den IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin. Lessenthin dankte im Namen der vier Gefangenen und der IGFM für die Initiative des Mauermuseums und lobte ausdrücklich die seit langer Zeit vertrauensvolle und engagierte Zusammenarbeit für die Menschenrechte. Die IGFM freue sich, dass Alexandra Hildebrandt das Lebenswerk von Dr. Rainer Hildebrandt so engagiert fortführe.



Elke Beuerle leitete den IGFM-Arbeitsausschuss Religionsfreiheit / Verfolgte Christen.

Trauer um Elke Beuerle

Die IGFM trauert um Elke Beuerle, 1. Sprecherin des IGFM-Arbeitsausschusses "Religionsfreiheit/Verfolgte Christen", die am 15.11.2008 im Alter von 70 Jahren nach schwerer Krankheit verstarb.

Seit 1984 IGFM-Mitglied, engagierte sie sich für benachteiligte und verfolgte Menschen. Standhaft verteidigte sie die IGFM-Arbeit und nahm persönliche und berufliche Nachteile in Kauf, als sie der IGFM während der politischen Angriffe in den 80er-Jahren die Treue hielt.

Von Ausbildung und Herkunft her tief im evangelischen Raum verwurzelt, zeichnete sie eine ökumenische Weite über den konfessionellen Tellerand hinaus aus.

Mit großer Sorgfalt bereitete sie die Sitzungen und Seminare vor, hielt beachtete Vorträge in kirchlichen Gruppen und Frauenkreisen und war seit Jahrzehnten bei der Planung und Durchführung von IGFM-Kirchentagsständen aktiv. Die Lage der bedrängten und verfolgten Christen lag ihr bis zuletzt besonders am Herzen. Sie hinterlässt eine nur schwer zu schließende Lücke.

IGFM WITTLICH

270. Hilfstransport

Dreißig freiwillige Mitarbeiter der IGFM-Arbeitsgruppe Wittlich hatten es wieder geschafft: sie luden den Hilfstransport Nr. 270, der rechtzeitig vor Weihnachten in Litauen ankam.

Rollstühle, Kleidung, Medikamente, Pflegebetten, Kinderwagen, Spielzeug, Schultornister, Nahrungsmittel: Es gibt wenige Hilfsgüter, die die IGFM in den vielen Jahren ihrer Aktivität noch nicht nach Osteuropa geliefert hat.

Dieses Mal waren auch wieder Fahrräder dabei: ca. 400 Fahrräder hat Erich Ludwig schon für Rumänien, Litauen, Lettland, Kroatien und Albanien repariert. Viele davon spendete das Fahrradhaus Condné.

"Herzlichen Dank Euch allen" rief Katrin Bornmüller aus, nachdem die Ladung auf dem Sattelschlepper ver-

staut war. Sie berichtete, dass es den Menschen in Litauen schlecht gehe: 300 Euro für einen vollzeitlich Beschäftigten, praktisch nie Urlaub und vielfache Abhängigkeit vom großen Nachbarn Russland: Alles andere als gute Bedingungen für ein fröhliches Weihnachtsfest.

Bereits 101 Transporte der IGFM Wittlich nach Litauen

Die Menschen allerdings, die in Litauen von der IGFM beschenkt wurden, schätzten sich glücklich. Es war der 101. Transport den die IGFM Wittlich auf die Reise nach Litauen geschickt hatte. Im Jahr 2008 gingen insgesamt 7 Hilfstransporte nach Litauen, 6 nach Kroatien, 5 nach Lettland und einer nach Albanien.

Die Kosten belaufen sich im Schnitt auf 3.500 Euro pro Sattelschleppertransport.



Der 270. Transport ist gepackt. Kathrin Bornmüller (Mitte) ist sowohl Sprecherin der Wittlicher IGFM-Gruppe als auch Vorsitzende der Deutschen IGFM Sektion.

IGFM und Rotaract sammeln für bedürftige Waisenkinder und Familien

Im Jahr 2008 war nicht nur der 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. 2008 war auch das Jahr, in dem diejenigen rumänischen Waisenkinder volljährig geworden sind, die noch zur Zeit der Ceausescu-Diktatur geboren wurden.

Seit Gründung der IGFM-Arbeitsgruppe Fulda haben sich deren Mitglieder als Tätigkeitsschwerpunkt dem Schutz der Kinderrechte angenommen. Insbesondere im Engagement für rumänische Waisenkinder und arme Familien im Osten Rumäniens leistet die IGFM-Fulda einen praktischen Beitrag für die Verwirklichung der Menschen- und Kinderrechte.

Berührt von Kinderschicksalen

Antrieb hierfür war Ende der achtziger Jahre das Wissen um die vielen Kinderschicksale im Unrechtsregime des rumänischen Diktatorenehepaars Ceausescu. 1990 besuchten Fuldaer Mitglieder das Kinderheim Cadea bei Oradea und machten sich selbst einen Eindruck von den Zuständen vor Ort – die erschreckenden Bilder haben die IGFM'ler all die Jahre nicht mehr losgelassen.

Seitdem hat sich in rumänischen Kinderheimen vieles verändert, in den ersten Jahren langsam, aber doch stetig. Die Fuldaer IGFM-Arbeitsgruppe hat diesen Prozess seit 1990 aktiv begleitet. Es wurden Kinderheime renoviert, Spielplätze aufgebaut und hunderte hilfsbedürftige Waisenkinder und arme Familien mit Lebensmittel- und Kleiderpaketen versorgt.

19-mal waren Mitglieder dafür für ein bis zwei Wochen in Rumänien vor Ort, vornehmlich in den Sommerferien. Alle Bedürftigen wurden persönlich besucht.



v.l.n.r. Simone Hasenau, Gunter Goebel, eine kleine Spenderin, Lisa Kött und Timo Jost.

"eine Sache mehr"

Die IGFM-Arbeitsgruppe Fulda hat am 6. Dezember 2008, gemeinsam mit dem Rotaract-Club Fulda wieder die Aktion "Eine Sache mehr" in zwei tegut-Märkten in Fulda durchgeführt.

Bereits seit vielen Jahren bittet die IGFM Fuldaer Bürgerinnen und Bürger, bei ihrem Einkauf ein Produkt mehr einzukaufen und für kinderreiche Familien, Behinderte und alte Menschen in Rumänien zu spenden. Auf diese Weise konnten im Jahr 2008 bis einschließlich November über 250 Lebensmittel- und Kleiderpakete nach Rumänien geschickt werden.

Die Lebensmittelaktion "Eine Sache mehr", die einmal im Jahr durchgeführt wird, war die Grundlage dafür, dass weitere 100 Pakete für bedürftige Menschen im Osten Rumäniens gepackt werden konnten.

Päckchenaktion von Schülern des Domgymnasiums

Auch Schülerinnen und Schüler der Rabanus-Maurus-Schule (dem Domgymnasium) in Fulda organisierten eine Weihnachtspaket-Aktion für Kinder in Rumänien.

Bereits zum fünften Mal packten die Schüler zusammen rund 150 Pakete vom Schuhkarton bis zu großen, 15 kg schweren Paketen mit Spielsachen und Lebensmitteln. Initiiert und organisiert wurde die Aktion von der Schülerversammlung um Schulsprecherin Julia Ruwe und Vertrauenslehrer Heiko Glende. Gunter Goebel, der Sprecher der Fuldaer IGFM-Arbeitsgruppe, nahm die Pakete im Beisein von Schulleiter Matthias Höhl dankbar in Empfang. Alle Pakete und Hilfsgüter wurden per LKW in die 300.000-Einwohner-Stadt Braila im Osten Rumäniens transportiert und für den Heiligen Abend an Bedürftige übergeben.

Menschenrechtsperspektiven am Bosphorus:

Tiefe Gräben in der Türkischen Gesellschaft

Die problematische Menschenrechtssituation in der Türkei wird in Deutschland mit einem Interesse wahrgenommen, wie dies nur für sehr wenige andere Länder gilt. Über die Menschenrechtler, die in ihrem Heimatland Türkei trotz Drohungen, Einschüchterungen und vieler anderer Widrigkeiten für Meinungsfreiheit, Minderheitenrechte oder Religionsfreiheit arbeiten, liegt jetzt eine ausgezeichnete Dissertation und Übersichtsarbeit von Anne Duncker vor.

Die Autorin ist Mitarbeiterin des Auswärtigen Amtes und IGFM-Mitglied. Sie wuchs in Istanbul auf und hat für die vorliegende Arbeit praktisch alle größeren und kleineren Menschenrechtsorganisationen der Türkei untersucht und ihre Vertreter befragt.



Daraus ergibt sich ein interessanter Ausschnitt aus der türkischen Zivilgesellschaft, mit kurdischen, linken, kemalistischen und islamischen Akteuren, die zum Teil sehr unterschiedliche Themenschwerpunkte haben und mitunter auch diametral unterschiedliche Verständnisse von Menschenrechten.

Langsam aber stetig wächst der Einfluss dieser Menschenrechtsorganisa-

tionen, der Wandel innerhalb der Türkei hat schon vor Jahren begonnen. Der Europäisierungsprozess hat dabei nicht nur zu zahlreichen Gesetzesänderungen geführt und den wirtschaftlichen Aufschwung begünstigt, sondern auch neue Rahmenbedingungen für die zivilgesellschaftlichen Organisationen geschaffen. Dennoch bleibt die Situation schwierig.

Anne Duncickers Buch beleuchtet in diesem Zusammenhang die tiefen Gräben und Brüche innerhalb der türkischen Gesellschaft, aber auch Möglichkeiten zu ihrer Überwindung.

Duncker, Anne: Menschenrechtsorganisationen in der Türkei. Verlag: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Einband: Paperback, Seiten/Umfang: 264 S., Preis: 39,90 Euro [D], ISBN: 978-3-531-16245-4.

Generation Abgrund – Stirbt Europa aus?

Der Fernsehjournalist Peter Stützle beleuchtet in seinem Buch "Generation Abgrund" die demographischen Probleme, die auf Europa im nächsten Jahrhundert zukommen werden.

Aufgrund des Geburtenknicks Mitte der Sechzigerjahre und den seither sehr tiefen Geburtenraten werde sich der Kontinent im 21. Jahrhundert bevölkerungsmäßig marginalisieren. Der Geburtenknick führe jedoch nicht nur zur Verringerung der europäischen Bevölkerung, sondern auch zu einer Veränderung der Altersstruktur der Gesellschaft. Immer mehr ältere Menschen ständen einer immer kleineren Anzahl jungen gegenüber.

Die Zahlen der Demographie prognostizieren laut Stützle zudem, dass der schrumpfenden altansässigen Gesellschaft eine wachsende zugezogene Parallelgesellschaft gegenüberstehe.

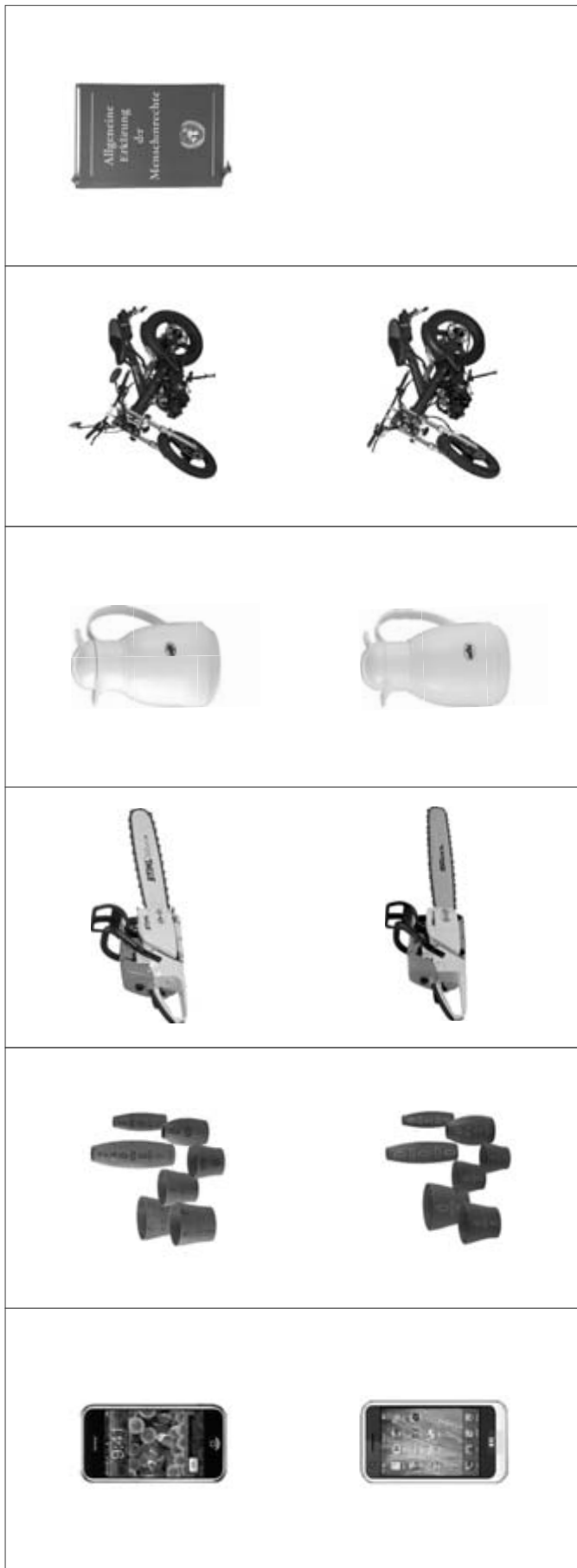


Es ist die Gruppe der Migranten. Während deutsche Frauen im Durchschnitt 1,2 Kinder bekämen, liege die Geburtenrate bei ausländischen Frauen bei 1,7 und bei türkischen sogar bei 2,1. Diese Tatsache birgt laut Stützle die Gefahr schwerer innerer Spannungen: Erstens wachse die Fremden- und insbesondere Moslem-Feindlichkeit der alteingesessenen Bevölkerung, zweitens würden die Zugewanderten künftig immer mehr Forderungen stellen.

Stützle sieht hier zwar die Möglichkeit von Integrationsmaßnahmen von Zugewanderten. Er ist jedoch der Meinung, dass alle diese Maßnahmen ins Leere laufen werden, wenn nicht die Noch-Mehrheitsgesellschaft den Willen zur Selbstbehauptung zeige.

Zwar werde es nach Voraussagen der Demographie Ende des Jahrhunderts noch keine muslimische Bevölkerungsmehrheit in Deutschland geben, jedoch auch keine Mehrheit der "Ethnodeutschen", also Menschen deutscher Herkunft mehr. Deutschland werde stattdessen eine "Multiminoritätengesellschaft" sein, wie es der Bremer Politikwissenschaftler Stefan Lutz in seinem Buch "Abschied von Multikulti" ausdrückt.

Stützle, Peter: Generation Abgrund – Stirbt Europa aus? Verlag: St. Johannis, Einband: gebunden, Seiten: 160 S., Erschienen: 1. Aufl. 05.2008, ISBN: 978-3-501-05186-3, Preis 9,95 Euro



China kopiert leider nicht alles.





Jahre



ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte • IGFM • Deutsche Sektion e.V. • Bornjäger 9 • 60398 Frankfurt/Main • Tel.: 069/420106-0 • Fax: 069/420106-33 • e-Mail: info@igfm.de • Internet: www.igfm.de • IGFM • Austria • Untere Augartenstraße 21 • A-1020 Wien • IGFM • Sektion Schweiz • Birkenweg 1 • CH-2500 Nidau